

Konstantinopel, 9. April. Die Lage bei Schodra ist wieder sehr ernst geworden. Die Notabeln von Schodra drängen, daß die aufständischen Mächte Lusi und Kasratil belagerten und starke Truppen gegen Schodra vorrückten, dessen Einwohner durch die heftige Kanonade in einen panikartigen Schreck versetzt wurden. Montenegro konzentrierte große Truppenmassen und eine starke Artillerie an der Grenze. Die Einwohnerlichkeit von Lusi und Schodra schwebte in ernstlicher Gefahr und siehe um schleunige Entsendung von Hilfe. Die telegraphische Verbindung zwischen Schodra und Lusi ist seit gestern abgebrochen. Das letzte Telegramm, welches über den Trakt lief, besagte, daß die Rebellen, mit den modernsten Waffen ausgerüstet, hinter Kasratil zurückgeworfen sind. Inzwischen sind neue Truppen von Lusi gegen Schodra vorgezogen. Auf den Höhen jenseits von Kasratil tauchten Tausende von Aufständischen auf.

Konstantinopel, 9. April. Die albanesischen Abgeordneten hielten heute eine Konferenz über die Lage in Albanien ab, die sich nach den letzten Nachrichten als recht ernst darstellte. Die Mitglieder, die sich bisher ruhig verhielten, sollen im Begriffe sein, sich den Aufständischen anzuschließen. Offiziell wird bekanntgegeben, daß zwischen der Verwaltungskoalition zwischen Prizrend und Vela überfallen und erst nach heftigem Kampfe zurückgeworfen werden konnten. Gerüchte besagen, daß Kasratil und Lusi wieder in die Hände der Aufständischen gefallen sind, die jetzt auf Schodra vorrücken. Unter dem Vorsitz des Großwesirs fand heute auf der Flotte ein Ministerkabinett statt, der sich gleichfalls mit der Lage in Albanien befaßte.

Konstantinopel, 9. April. Aus Senaa werden Kämpfe gemeldet, die sich an sechs Orten der Umgebung Senaa abspielen. Die Rebellen wurden unter Verlust von mehreren hundert Toten vertrieben.

Deutsches Reich.

Die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.

Der nationalliberale Abgeordnete Horn vertritt in der Nationalversammlung die Ansicht, daß die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung, was er zu erklären hat, ist im allgemeinen eine Veräußerung dessen, was im Vorwärts darüber abgehandelt wurde, nur sucht er möglichst abzuschwächen, was er über die Verwirklichung der Beratung gesagt hat. Horn stellt zunächst fest, daß er nicht direkt vom Aufstand gekommen sei, er halte es nicht für überflüssig, mitzuteilen, daß er nach Schluß des Reichstags mit Mitgliedern einer anderen Partei kein Wort gewechselt habe. Daß er sich mit einem fraktionslosen Kollegen über die Aussichten und die etwaige geschäftliche Behandlung des größten Gesetzes, das den Reichstag seit dem V. G. B. beschäftigt habe, unterhielt, könne nicht als ein außergewöhnliches Ereignis betrachtet werden.

Zur Beratung der Versicherungsordnung selbst schreibt er: „Es können im Moment nur die großen, hauptsächlich strittigen Fragen in breiter Diskussion behandelt werden. Daß man dabei abschnitts- oder artikelweise vorgeht, ist nach Ansicht vieler älterer Parlamentarier, mit denen ich darüber gesprochen habe, nicht nur praktisch, sondern auch geschäftsordnungsmäßig durchaus zulässig. Daß man sich dabei einen gewissen Geschäftsplan macht, über den selbstverständlich doch mit Vertretern sämtlicher Parteien zu verhandeln wäre, bedarf wohl kaum einer besonderen Begründung: einmal nach dem allgemein bekannten Grundsatz des Senatskonkordats, daß die Reichsversicherungsordnung in der Zeit von Ostern bis Pfingsten erledigt werden soll. Es kann also weder von der Absicht eines Bruchs der Geschäftsordnung, noch von einer Durchpeitschung der Vorlage die Rede sein. Auch meine Aeußerung, daß eventuell nach zwei Sessionen von Rednern (nicht nach zwei Rednern, wie der Entfender des Artikels fälschlich behauptet) die Diskussion geschlossen werden müsse, kann nicht als solche Absicht gedeutet werden: einmal da der betreffende Herr vergessen hat, einen Zusatz: „wenn Diskussion verjagt werden sollte, mit zu veröffentlichen.“

Der Reichskanzler und die Elsaß-Lothringische Verfassungsreform.
In ihrem letzten Wochenrückblick erklärt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß der Reichskanzler trotz des Widerstandes der Konservativen an seinem Entwurf festhalten werde. Das Schicksal der Reform hänge von der parteipolitischen Entscheidung derjenigen Parteien ab, die mit der Regierung auf dem Standpunkte stehen, daß der positive Abschluß des Werkes dem Interesse des Reichs wie Elsaß-Lothringens entspreche, ohne Preußen zu schädigen.
Wenn nur dieser Ungehörigkeit gegen die Herren Zunker dem Reichskanzler nicht schlecht bekommt.

Auf der Suche nach einer Wahlparole gegen die Sozialdemokratie.

Die Hoffnungen des schwarzblauen Blocks und der Regierung, eine zugräftige Wahlparole gegen die Sozialdemokratie zu finden, blieben bisher unerfüllt; seit mit Moabit auch nicht der geringste Staat mehr zu machen ist, sucht man sich verzweifelt, so sich denn gar kein Schwindel entdecken lasse, der einigen Erfolg gegen die gefürchteten roten Feinde verspricht. Viktor Schweinburg geht deshalb daran, die vermittelte „sozialdemokratische Diktatur“ gegen die Verfassungsänderung jetzt schon zu dem nötigen großen Schwindel zurecht zu zimmern, der dann im Wahlkampf die Hilfe bringen soll. In seinen Berliner politischen Nachrichten gibt Herr Schweinburg der Meinung Ausdruck, es gäbe kein besseres Mittel, um im bevorstehenden Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen und die Arbeiterbevölkerung über die „wahre Natur“ der Sozialdemokratie aufzuklären. Es träte hier ganz klar und deutlich zu Tage, daß die Sozialdemokratie lieber die größten Vorteile den Arbeitern vorenthält, wenn nur ihre eigene politische Macht nicht gefährdet werde. Herr Schweinburg wird sich auch mit dieser Wahlparole vernehmen: die Arbeiterklasse wird der Sozialdemokratie Dank wissen, wenn sie alles anbietet, die Vernichtung jeder Selbstverwaltung der Arbeiter in den Arbeitervereinen zu vereiteln.

Die Erziehung einer neuen Ortskrankenkasse.
w. Die Bildung neuer Ortskrankenkassen betrifft eine wichtige Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts. In Fortsetzung der allgemeinen Ortskrankenkassen für alle Gewerbe. Infolgedessen gehören ihr auch die versicherungspflichtigen Angehörigen des Handel- und Gewerbebetriebes an. Später wurde nun für das Holz- und Schankwirtschaftsgewerbe eine neue besondere Ortskrankenkasse errichtet. Nach dem Statut, das die Genehmigung des Bezirksausschusses fand, sind Mitglieder alle innerhalb der Gemeinde fort in Holz- oder Schankwirtschaftsbetrieben beschäftigten Personen.
Der Regierungspräsident hob den Beschluß an, durch welchen der Bezirksausschuss dem Statut der neuen Kasse die Genehmigung erteilt hat. Er machte geltend: Für versicherungspflichtige Personen, die fort in einer Kasse angehören, könne grundsätzlich nur eine neue Kasse errichtet werden, wenn ihr Ausscheiden aus der bestehenden Kasse veranlaßt worden sei. Da ein solches nicht statgefunden habe, so hätte das Statut der neuen Kasse nicht genehmigt werden dürfen. Der Beschluß des Bezirksausschusses sei deshalb als gegen das Gesetz verstoßend aufzuheben.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts setzte dem auch den Genehmigungsbefehl des Bezirksausschusses außer Kraft, indem er begründend ausführte: Nach dem § 24 des Krankenversicherungsgesetzes dürfe die Genehmigung zu einer Kassenstatut nur verweigert werden, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt oder wenn die Bestimmungen über die Klassen von Personen, welche der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Klasse in Widerspruch stehen. Das letztere sei hier der Fall. Zur älteren Kasse gehören nach ihrem Statut auch die fraglichen Personengruppen, für die die neue Kasse errichtet worden sei. Solange das der Fall sei, könne für das Holz- und Schankwirtschaftsgewerbe in Fort keine besondere Kasse und Leben geschlossen werden. Der § 48 des Gesetzes gewähre im übrigen den schon bestehenden Ortskrankenkassen, die für versicherungspflichtige Personen verschiedener Gewerbebezüge oder Betriebsarten errichtet sind, einen Schutz dagegen, daß sie gegen ihren Willen Mitglieder weggewonnen werden sollen. Nach dem Vorragenden kann die Auscheidung der betreffenden Gewerbebezüge oder derselben Betriebsart angehörigenden Kassenmitglieder aus der gemeinsamen Kasse nur erfolgen, wenn die Mehrheit dieser Kassenmitglieder zustimmt und die Generalversammlung der Kasse es beantragt. Dies sei der einzige Weg. Das sei aber hier nicht geschehen. Aus diesen Gründen müsse der Genehmigungsbefehl des Bezirksausschusses aufgehoben werden.

Journalistenfreik.
In Göttingen stellen die Berichterstatter der Presse im Stadtverordnetenkollegium. In einer Stadtverordnetenversammlung, in der über die Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Direktor des städtischen Theaters Beschluß gefaßt wurde, kam der Oberbürgermeister Snaab auch auf die Theaterkritik der Göttinger Presse zu sprechen. Er machte der Presse den Vorwurf, daß sie in ihrer Kritik der Aufführungen des Stadttheaters zu scharf sei und dadurch das Theater schädige. Er schloß mit der Bitte, nicht zu scharfe Kritik zu üben. Die drei bürgerlichen Zeitungen — unser Parteiblatt war nicht verständig worden und hatte seinen Standpunkt zu der Sache besonders dargelegt — wiesen den Vorwurf des Oberbürgermeisters in einer gemeinsamen Erklärung als völlig unmotivierten Versuch einer unwürdigen Bevormundung energisch zurück. Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung am Freitag verlas nun der Oberbürgermeister eine lange Erklärung als Antwort auf die Rundgebung der bürgerlichen Presse. Er wies diese als in ihrem Inhalt ungenügend und in der Form unangemessen zurück. Das geschah in einem richtigen Kassenhofstunde, der geradezu herausfordernd wirken mußte. Was der Sache noch ein besonderes Gepräge gab, war der Umstand, daß die Erklärung von den bürgerlichen Stadtverordneten erst durch lebhaftes Prorobieren begleitet wurde. Am Schluß der Erklärung wolle das Prorobieren und Handbellschlagen der bürgerlichen Stadtverordneten kein Ende nehmen. Einmütig erhoben sich daraufhin sämtliche Pressevertreter und verließen den Saal. Sofort kommandierte der Oberbürgermeister vier Wachmannschaften, die in städtischen Diensten stehen, an die Plätze der Pressevertreter. Die Presse verabschiedete sich von der Sitzung nur die nächsten Beschlüsse, die gefaßt worden sind.

Liberaler Bündnisse für die Reichstagswahlen.

Die geschäftsführenden Ausschüsse der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei haben nach Verständigung mit ihren Landesorganisationen ein Wahlbündnis auf folgender Grundlage abgeschlossen: In der Provinz Schlesien fallen die Nationalliberalen 8, der Fortschrittlichen Volkspartei 15 Wahlkreise zu, unter diesen auch der jetzt von Wassermann vertretene Wahlkreis Rothenburg-Hohbergwerda.
In der Provinz Hannover fallen den Nationalliberalen 14, der Fortschrittlichen Volkspartei 2 Wahlkreise zu. Im Wahlkreise Harburg-Rotenburg stellen beide Parteien einen Kandidaten auf. Den Wahlkreise Verden habe betreffend erklärt der geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei, daß die dort wieder aufgestellte Kandidatur nicht die Kandidatur der Nationalliberalen Partei ist.
Für die ostpreussischen Wahlkreise I und II sind die beiderseitigen geschäftsführenden Ausschüsse bereit, eine Einigung mit dem Ziele der Wahrung des gegenwärtigen Bestandes herbeizuführen. In Westfalen fallen der Nationalliberalen Partei zu die Wahlkreise Schwelm-Bismarck, Reutheilig, der Fortschrittlichen Volkspartei die Wahlkreise Kassel, Dogenow-Gredesmithe, Pöschel-Büdinghaush, Waldin-Waren, Ostro-Waldin. In Thüringen fallen den Nationalliberalen zu die Wahlkreise Eisenach, Gotha, Sondershausen, Jüdelsdorf, Gera, der Fortschrittlichen Volkspartei die Wahlkreise Weimar, Meiningen-Niedburgsaufen, Sonneberg-Saalfeld, Altenburg. Mit Kandidaten beider Parteien werden besetzt die Wahlkreise Jena und Koburg. Im Wahlkreise Bremen unterstützt die Nationalliberale Partei den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei.

Der Aufstand auf Konape. Ueber die Niederwerfung des Aufstands der Nischoladische Leute (richtiger Jofoids Leute), liegen jetzt genaue Mitteilungen vor, die alle befähigen, daß diese Niederwerfung eine vollständige ist. Nach Mitteilung des Konsulats für Neu-Guinea hatten die nach der Ernennung des Konsulats von Jofoids unternehmen Streitkräfte durch die Insel Jofoids sowie in den auf der Hauptinsel gelegenen Landschaften Jofoids, Palikir und Lomara das Ergebnis, daß sich bis zum 25. Januar — soweit reichen die Nachrichten — etwa 20 Aufständische, darunter 68 Männer, dem Bezirksamt ergaben. Sie wurden mit der Titania nach Jap gefaßt und sollten später nach den Balau Inseln verbracht werden. Es ist in Aussicht genommen, die Männer zunächst einige Zeit in Angaur zu internieren und dort bei der Südbur-Whoshat Gesellschaft arbeiten zu lassen. — Nach späteren Nachrichten aus Konape wurden am 24. Februar 15 Mann hingerichtet. Außerdem wurden noch zwei Mann zum Tode verurteilt, die sich bereits in Jap befinden.

Enquete über das Zoll- und handelspolitische System. Die Ausschüsse der Berliner Kaufmannschaft beklagen vom Reichskanzler die Einsetzung einer Enquetekommission über die Wirkungen des bestehenden Zoll- und handelspolitischen Systems. Dieser Kommission sollen hauptsächlich Vertreter der erwerbenden Kreise angehören, und zu ihren Beratungen sollen Sachverständige zugezogen werden. Die Leitung der Kommission könne in den Händen von Regierungsbeamten liegen. Erfolglos wird das Verlangen der Berliner Kaufmannschaft nachdrücklich zurückgewiesen. Die Berliner Politischen Nachrichten erklären eine solche Kommission für völlig überflüssig, da der wirtschaftliche Ausblick für die Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen ganz im Sinne der angeordneten Kommission arbeite, nur daß dieser wirtschaftliche Ausblick andere Grundanschauungen über die heutige Zoll- und handelspolitische Lage wie die Ausschüsse der Berliner Kaufmannschaft. Es sei nicht daran zu denken, daß eine Freihändlerkommission eingesetzt werde zur Vornahme derartiger Untersuchungen.

Die Handwerkerkonferenz. Die Ende der vergangenen Woche im Reichsamt des Innern stattfand, hat keine Beschlüsse gefaßt; ein offizieller Bericht über die Verhandlungen folgendes mit: „Entscheidend für die Frage der Abgrenzung von Handwerk und Fabrik wurde namentlich die Schaffung einer einheitlichen Zusammenfassung von Vertretern des Handwerks, der Industrie und des Handels angeordnet. Es wurde auch die Frage hierbei erörtert, ob im Handwerk Großbetriebe möglich seien und ob das Handwerk berechtigt wäre, zu verlangen, daß solche Großbetriebe bauern bei den Handwerksorganisationen beruhen sollten. Bei der Frage der Fortbildung für das Handwerk wurden zwei Vorschläge aus der Konferenz laut, einmal die Einsetzung einer kleineren Kommission im Reichsamt des Innern, die unter Hinzuziehung von Vertretern der beiden Interessenverbände eingehende Vorschläge zur endgültigen Regelung dieser Streitfrage machen soll, von anderer Seite wurde der Regierung empfohlen, eine gütliche

Verhandlung zwischen Handwerks- und Fabrikanten.
Österreichischer Handwerkerkongress. Wegen Rückberufung von Ministerberg aus Prag wurde der Handwerkerkongress, der seit dem 7. April in Prag abgehalten wurde, von dem 7. April bis zum 10. April in Prag abgehalten. Der Kongress wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Der Reichspräsident sprach über die Bedeutung des Handwerks für die Nation. Der Reichspräsident sprach über die Bedeutung des Handwerks für die Nation. Der Reichspräsident sprach über die Bedeutung des Handwerks für die Nation.

Reine politische Nachrichten. Zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichts wurde der bisherige Kommandant des 5. Armeekorps Graf v. Kirchbach ernannt. Der Reichspräsident hat die Ernennung des Reichsmilitärgerichts bestätigt. Der Reichspräsident hat die Ernennung des Reichsmilitärgerichts bestätigt.

Die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.
Der nationalliberale Abgeordnete Horn vertritt in der Nationalversammlung die Ansicht, daß die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung, was er zu erklären hat, ist im allgemeinen eine Veräußerung dessen, was im Vorwärts darüber abgehandelt wurde, nur sucht er möglichst abzuschwächen, was er über die Verwirklichung der Beratung gesagt hat.

Ausland.

Frankreich.

Die Sonntagdemonstration der Winger.
Paris, 9. April. Die Wingermanifestation von Sonntag ist nach den bisherigen Berichten die größte seit dem 1. März. Die Winger sind in großer Zahl erschienen. Die Winger sind in großer Zahl erschienen. Die Winger sind in großer Zahl erschienen.

Trösch, 9. April. Der Präsident des Schulpfandes Weinbauern hielt an die Manifestanten eine Ansprache, in der er die Winger zu beruhigen suchte. Die Winger sind in großer Zahl erschienen. Die Winger sind in großer Zahl erschienen.

Italien.

Die Fortsetzung der Debatte über das Programm Giolitti.
Rom, 9. April. Die Debatte über das Programm Giolitti wurde auch in der Sonntagssitzung fortgesetzt. Die Winger sind in großer Zahl erschienen. Die Winger sind in großer Zahl erschienen.

Portugal.

Die Unruhen in Lissabon.
Lissabon, 9. April. Die Unruhen in Lissabon sind in der Nacht zum 9. April von neuem ausgebrochen. Die Winger sind in großer Zahl erschienen. Die Winger sind in großer Zahl erschienen.

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Wien, 8. April. Kapitän Brito, der wegen Insubordi-

Indien. Niedermehrung einer englischen Expedition. Kalkutta, 9. April. In der englisch-indischen Provinz Assam ist eine englische Expedition von wilden Eingeborenen niedergemetzelt worden.

Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung.

(Schluß.) Genosse Ledebour fährt weiter aus:

Wir haben gesehen, daß das Klassenbewußte Proletariat ein Machtfaktor ist, der an sich löhnen einwirkt auf die kapitalistische Kriegskriegsmittel- und Rüstungswirtschaft.

Wir diesen Worten macht er sich ein Argument zu eigen, das nicht marxistisch, nicht sozialistisch ist, aber das selbst aufgeführte bürgerliche Nationalökonomien die Waffen geben und das nur noch in den plumpsten Subtilitäten der Fiktionstreiber sein Unwesen treibt.

Soll aber mit dem ästhetischen Satz nur gesagt werden, die Großmächte bedürfen der Land- und Seemächte, um die bisher unabhän-

Wir sind so viele und so starke kriegsgegenwärtige Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke, daß der Kapitalismus als selbst kriegerisch in seinem Gesamtwesen nicht mehr angesehen werden kann.

Wir sind so viele und so starke kriegsgegenwärtige Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke, daß der Kapitalismus als selbst kriegerisch in seinem Gesamtwesen nicht mehr angesehen werden kann.

Wir sind so viele und so starke kriegsgegenwärtige Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke, daß der Kapitalismus als selbst kriegerisch in seinem Gesamtwesen nicht mehr angesehen werden kann.

Wir sind so viele und so starke kriegsgegenwärtige Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke, daß der Kapitalismus als selbst kriegerisch in seinem Gesamtwesen nicht mehr angesehen werden kann.

Wir sind so viele und so starke kriegsgegenwärtige Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke, daß der Kapitalismus als selbst kriegerisch in seinem Gesamtwesen nicht mehr angesehen werden kann.

In Ausbeutungszonen bereiten, damit sie nicht gegeneinander mehr zu rufen brauchen, so würden die Nationen deshalb nicht aufhören. Sie würden sich nur gegen die Länder der jungen kapitalistischen Entwicklung richten.

Diese Gleichstellung einer Verständigung der kapitalistischen Länder untereinander zum Zweck der gegenseitigen Rüstungsbeschränkung mit der Vertiefung einer Industrie zum Zweck der Konsumenten-

Doch unsere Kritiker verlassen sich nicht nur auf ihre eigene Denkart. Sie führen auch eine Autorität für sich an Geseft, einen Philosophen und Staatsmann zugleich, den deutschen Reichskanzler, Herrn Theobald v. Bethmann-Hollweg.

Ich muß gestehen: es hat mir die peinliche Ueberraschung bereitet, als ich in ernsthaften sozialdemokratischen Vätern zu lesen bekam, die banalste Kauderwatschologie des preussischen Ober-

Nur noch eins: Die Gedankengänge der kritischen Ausführungen in der V. V. J. und der V. V. J. sind fast genau die nämlichen, auch in ihren absurdsten Auswüchsen.

Auch das Volksblatt in Kassel, dessen Redakteur Genosse G. J. Schmidt ist, weist die verheerenden Angriffe gegen die Fraztion zurück. Er kennzeichnet diese als besonders prinzipiell und marxistisch gebenden Artikel als „unfruchtbarste Haarfraztionen“.

Prognose der sächsischen Landeswetterkarte

für den 11. April. Nordwestwind; mäßig; etwas kälter; zeitweise Niederschlag. Dresdner Holzbericht vom 10. April. Ein wegen Uebererzeugung zur Holt gefommener Mann hat zuge-

Letzte Telegramme.

Der Räuber Kowoll bei seiner Verfolgung gefötet. Weihen, 10. April. Nach der bereits gemeldeten Verbreiter-

Der Lloydampfer Prinzess Irene stot geworden! Bremen, 10. April. Laut telegraphischer Meldung ist der bei

Wien, 10. April. Gestern wurde eine kaiserliche Order ver-

200 Personen bei einem Brande in Indien umgekommen.

Bombay, 10. April. In einem Dorfe nördlich von Bona sand gestern in einem größtenteils aus Holz bestehenden Gebäude eine

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis
 Geschäftsstelle: Wobesitzerstr. 8-11 Uhr
 und 3-6 Uhr Montags bis 7 Uhr.
 Telefon: Amt Deuben Str. 774.

Bez. Cossebaude, Steitzsch, Kemnitz u. U.
 Dienstag den 11. April, abends 9 Uhr: **Mitgliederversammlung** im „Restaurant Lindenhof“ in Steitzsch. Tagesordnung: 1. Vortrag über: **Von Bismarck bis zu Bethmann-Hollweg**. Referent: Genosse Dr. Sachs. 2. Bericht aus der Kreisvorstandsvorführung. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.
Für Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Achtung, Maschinenarbeiter!
 Die für Dienstag den 11. April angeordnete Versammlung **findet nicht statt.**
 Wir ersuchen die Delegierten in den Betrieben, die Maschinenarbeiter darauf aufmerksam zu machen.
Die Verwaltung.

Gewinnliste
 der
driften Waren-Verlosung
 des Turnvereins Freie Turner, Deuben.

- Ohne Gewähr.
- 1 2 5 15 25 40 55 65 67 78 79 89 91 95 99 101 6 7 31 38 42
 45 46 47 74 75 77 78 91 204 8 9 12 32 34 37 39 41 46 47 57 71
 81 85 95 97 303 4 8 11 12 15 35 39 43 59 61 65 67 72 78 82 86
 400 5 6 15 16 17 38 52 64 65 66 71 77 78 81 89 94 98 501 6 9
 13 16 20 24 28 33 37 41 42 48 59 69 73 81 88 90 96 604 7 16
 22 23 28 29 49 53 54 56 61 65 75 91 708 9 12 29 31 34 48 50
 51 57 62 68 70 75 97 807 11 13 15 22 30 46 51 55 57 58 65 79
 81 97 99 907 12 30 39 55 66 70 93 95 1002 4 9 11 16 18 25 27
 41 43 46 55 57 63 66 67 68 72 73 90 94 1100 5 22 24 29 30 36
 43 52 53 56 58 61 73 89 90 96 98 1201 3 6 29 31 37 39 50 52
 53 59 60 70 76 84 88 1307 10 11 15 18 26 27 38 47 50 55 56 60
 68 69 70 81 89 90 98 1401 7 10 15 18 22 23 24 40 43 51 54 55
 58 59 60 67 71 72 76 79 81 82 86 93 94 1502 6 8 22 29 48 49
 51 52 53 55 57 59 61 65 72 73 83 84 85 90 99 1001 2 9 12 17
 22 27 30 44 46 51 52 55 60 78 80 88 90 93 94 98 1728 35 66 70
 77 1800 2 3 10 20 26 27 38 39 60 64 74 76 77 78 82 83 87 98
 1904 18 18 21 27 29 38 43 50 56 60 65 73 82 94 97 2011 14 17
 28 41 51 54 55 61 62 64 68 72 73 87 93 96 2102 7 32 33 38 39
 51 52 55 57 58 61 63 65 69 70 71 77 89 2208 11 13 15 58 64 69
 73 78 81 87 97 2304 6 7 9 14 25 33 35 41 44 48 52 54 56 62 69
 76 82 84 87 91 92 95 2401 3 5 11 31 32 46 52 58 59 61 78 80
 2508 10 20 23 36 38 44 45 48 52 68 72 81 85 2600 2 12 29 36
 37 41 50 51 53 56 58 62 69 72 77 80 2700 4 5 7 10 24 26 32 50
 51 53 63 68 69 77 88 96 2801 2 3 13 27 28 29 30 34 37 39 43
 47 51 55 63 64 76 77 83 88 90 92 97 2900 15 19 20 22 27 28 31
 36 39 40 52 53 55 57 58 64 67 71 75 78 87 89 93 99 3000 10 12
 13 18 23 26 28 31 34 40 46 50 55 69 85 88 94 99 3104 5 9 15
 17 23 33 42 47 56 62 73 81 86 97 99 3200 26 37 38 51 52 58 58
 61 68 87 91 3311 20 47 58 61 72 77 89 94 99 3410 11 16 18 20
 21 23 26 33 39 46 48 64 65 67 74 76 83 98 3500 1 2 5 7 9 11
 13 18 19 22 27 29 42 43 49 51 52 54 63 70 74 76 78 88 98 3608
 8 9 13 19 21 24 25 34 37 66 68 73 76 77 79 87 99 3704 6 19 20
 23 34 35 40 41 42 43 53 59 64 75 76 78 79 85 99 3800 6 16 17
 19 23 28 30 33 37 41 63 67 72 74 88 94 95 99 3908 11 14 15 26
 28 37 39 41 45 54 60 65 67 78 80 4001 2 3 7 10 26 30 45 48 51
 53 54 58 62 65 70 80 85 87 89 90 92 98 94 4105 8 9 21 32 37
 43 49 51 56 65 69 76 80 87 89 95 4204 8 13 15 16 29 31 41 48
 49 56 57 62 66 70 78 88 89 91 93 95 98 99 4302 8 12 17 24 26
 37 41 44 45 48 47 50 58 59 67 70 74 78 80 83 88 92 95 98 4401
 4 12 31 32 45 49 58 59 77 80 86 88 93 96 4508 18 20 23 35 41
 46 51 66 74 79 83 87 91 4607 13 20 30 38 43 44 46 47 50 55 56
 63 65 66 67 69 74 79 83 85 86 90 92 94 4707 16 17 18 20 26 29
 33 34 35 36 39 52 73 75 78 82 89 94 98 99 4803 9 10 13 16 18
 19 26 28 30 35 37 41 47 48 52 60 61 71 79 80 84 93 95 4903 7
 8 9 10 12 18 24 25 41 47 55 62 65 67 70 74 85 86 88 90 92 95
 5001 2 3 22 25 29 38 37 38 45 47 51 69 71 79 86 91 94 5104
 7 14 17 23 24 29 31 34 44 46 53 59 60 70 75 96 97 5203 7 17
 23 29 46 55 63 64 72 83 84 86 91 95 5300 13 16 31 38 39 42 53
 68 69 67 76 78 79 86 88 90 95 5402 10 12 22 27 31 83 86 43 44
 50 53 55 63 69 77 80 86 95.

Konsumverein „Vorwärts“
 empfiehlt
zum Oster-Feste

Garantiert reinen
Blütenhonig
 in Gläsern
 1 Glas, 1/2 Pfund Inhalt, 55 Pf.
 Leere Gläser, 1/2 Pfund, werden mit 5 Pf., Leere 1/2-Pfund-Gläser mit 10 Pf. zurückgenommen.

Beste Ersatz für Blütenhonig!
Zuckerhonig
 in Gläsern
 1 Glas, 1/2 Pfund Inhalt, 40 Pf.

Pa. Grießerauszug . . . Pfund 19 Pf.
 = Kaisererauszug . . . 20 .
 = Diamantmehl, halbgriffig . . . 20 .
 = Edelweiß . . . 19 .
 Allerfeinstes Roggenmehl . . . 14 .

Pa. Schweineschmalz, gar. rein Pf. 68 Pf.
 Pflanzenbutter, gar. reines Kokosfett
 Marke G. C. G. } zum 1/2-Pfd.-Tafel 30 Pf.
 = Sanin } und 1/2-Pfd.-Tafel 35 .
 Rinderfett } Waden 1/2-Pfd.-Tafel 34 .

Allerfeinste Tafel-Margarine, aus den bestrenommiertesten Fabriken, Pfund 80 Pf.
 1/2-Pfund-Karton Pfund 70 Pf. — Eier, Stück 6 Pf.

Möbel
 in echt und imitiert bezieht man jetzt
 direkt aus Wilsdruff vom
Genossen Hildebrand.
 Eigene Fabrikwerkstätten.

Stauend billig zu Ostern!
 Wenden Sie sich sofort
Große Brüdergasse 16, I.
 Unter strengster Disziplin erhalten Sie bei 1 Mark
 wöchentlich Abzahlung die elegantesten
Herren- u. Knaben-Anzüge, Paletots
 sowie **einzelne Hosen und Westen**
 fertig und nach Maß.
 Große Auswahl in Herren- und Damen-Paletots, auf
 Seide gearbeitet, besichtigen auch in einzelnen Blusen
 und Röcken. — Auswahlforderungen stehen ohne jede
 Verbindlichkeit kostenlos zur Verfügung.

Englisch + Frauen +
 Kursus für Kinder
 Beginn: **Samstag den 22. April**
 nachmittags 3 Uhr
Monatlich 1.50 M.
 Fr. Lehrerin des Volks-
 bildungsvereins
 Anmeldung: **Wobesitzerstr. 18, 2.**

gebrauchen bei Periodenstörung
 nur echte **Menstruations-**
tropfen, Flasche 1.50
Teo, großes Paket 1 M.
Frau Hennig, Arzt, geprüfte
Am Sec 24, 1.
Hygienische Frauen-Artikel

Vitragehängen
 Porzellanhängen
 Gardinenhängen
 Briefkasten
 Türkette
 Türschilder.
F. Bernh. Lange
Amalienstr.

Hochfeines
Mischobst
 1 Pfund 32 Pf.
 bei 5 Pfund
1 Pfund 30 Pf.

F. E. Krüger
Webergasse 18.
 Telefon 1912
Freier Versand nach
allen Stadtteilen.
 Filiale: **Schäferstrasse 15.**

Prima große schöne
Salzheringe
 Dutzend 75 Pf.

Nordsee
Webergasse 30
 Telefon 2471

Zuckerhonig, 1/2 Pf. Kolonialw.,
 Farben, Lade, Wafel, Schablonen,
 Bronzen, Sämereien, Brantim,
 Vitre, Weine, Daichschm., (Waler),
 auf Wunsch jede Farbe streichfertig.
Kost. Deuben, Brüderstr. 25.

Kleian's
 selbsttätig. Backmehl

Männer-Tee
 R. Freisleben
 nur Postplat.

Püschels Restaurant, Zöllnerstr., Ecke Hauptstr.
Großes Nacht-Schlachtfest
 Von 7 Uhr an **Beilkefisch** und **Reberwürstchen**. Hierzu **keine**
 ein D. O. — **NB.** Verkauf von **Wurstfett**, **Pfd. 70 Pf.**, **2 Pf.**
 und **Schinkenfett**, **Pfd. 80 Pf.**

Albert Saalheim
Kesselsdorfer Str. Löblau Ecke Gröbels
Fertige Damen, Herren u. Kinderkonfekt
Billige feste Preise! • Größte Auswahl am Plat

Bez. Mickten
Sitzung
 Dienstag den 11. April
Rinderwagen
 wie neu, billig zu ver-
 Reinhardtstraße 5, 11
Tüchtige Form
 auf große und mittlere
 finden dauernde, leistende
 inältigung
Döbener Eisenblech
Walther & Jäger

Bezirk Gittersee-Coschütz
 Am Freitag den 7. April verstarb plötzlich durch Unfall
 fall unser Parteigenosse, der Zimmerer
Bruno Wendisch, Gittersee
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag auf dem Fried-
 hof in Gittersee statt. Die Bestattungsverwaltung

Zentralverband der Steinarbeiter
 Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unter
 lege, der Steinmetz
Oskar Karl Hermann Mahner
 im Alter von 46 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 9 1/2 Uhr
 der Halle des Volkswirter Friedhofs aus statt.
 Die Verwaltung

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deuts
Zahlstelle Dresden.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Bernhard Kirchgeorg
 am Donnerstag verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
 Die Ortverwaltung

Zurückgelehrt vom Grabe meines lieben Vaters, der
 lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Herrn
dinand Köhler, legen wir allen für den reiden
 schmerz und die Begleitung zur letzten Ruhestätte unsern
 lüchsten Dank!
Sanderode, den 10. April 1911.

Verantwortlich für den redaktionsellen Teil:
Karl J. Imwilde, Dresden.
 Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Reinhold G. Schlegel, Dresden.
 Druck und Verlag von **Kaden & Rosa, Dresden.**

Sächsische Angelegenheiten.

Reichstagskandidaten in Sachsen.

Im Königreich Sachsen kann der Aufmarsch der Parteien zur Reichstagswahl als im wesentlichen beendet angesehen werden. Einige Verschiebungen werden vorzunehmen, solange der nationalliberal-freisinnige Aufmarsch noch nicht abgeschlossen ist, allzuviel wird sich aber an dem jetzigen Wille der sächsischen Reichstagskandidaturen nicht ändern. Nach den bisherigen Kandidatenaufstellungen sind die 23 sächsischen Reichstagswahlkreise wie folgt besetzt:

1. Kreis (Görlitz): Edm. Fischer (Soz.), Guis- und Reichsgerichtsrat (kons.), Rechtsanwalt Dr. Vink (natl.), Rechtsanwalt Dr. Reichner (Fortfchr.). Zeigiger Vertreter: Döberitz (Fortfchr.).
2. Kreis (Löbau-Ebersbach): Verbandsbeamter Dr. Weis (Soz.), Rechtsanwalt Dr. Knechtel-Löbau (natl.), Richter-Sprenger (kons.), Professor Dr. Rahn (natl.), Zeigiger Vertreter Dr. Weber (natl.).
3. Kreis (Paußungen): Arbeitersekretär Bud. Dresden (Soz.), Gräfe-Bildhofswerra (Antif.), Budor-Leipzig (natl.). Zeigiger Vertreter Gräfe (Antif.).
4. Kreis (Dresden-Neustadt): August Raden (Soz.), Rechtsanwalt Dr. Weglich (Antif. und kons.). — Bisher Raden (Soz.).
5. Kreis (Dresden-Albstadt): Dr. Gradnauer (Soz.), Weis (natl.). — Bisher Dr. Feinze (natl.).
6. Kreis (Dresden-Land): Georg Horn (Soz.), Postbeamter Hermann (natl.). — Bisher Horn (Soz.).
7. Kreis (Weißerhofen): Redakteur Schmidt (Soz.), Kurt Frische (kons. und Antif.), Pastor Gade-Witten (Fortfchr.). — Bisher Gabel (Antif.).
8. Kreis (Zittau): Mühle (Soz.), Rechtsanwalt Böhm (kons.), Syndikus Dr. Schneider (natl.). — Bisher Schmidt (kons. und Antif.).
9. Kreis (Sachsen-Land): Wendel-Frankfurt (Soz.), Dr. Wagner (kons.), Oberbürgermeister Kütz (natl.). — Bisher Dr. Wagner (kons.).
10. Kreis (Töplitz-Leisnig): Pintauf-Leipzig (Soz.), Fabrikbesitzer Karasch-Dresden (kons.), Dr. Everling (natl.), Zeigiger Vertreter Everling (natl.).
11. Kreis (Zittau-Oberschlag): Lipinski-Leipzig (Soz.), Richter Dr. Giese (kons.), Postassistent Otto (natl.), Zeigiger Vertreter Dr. Giese (kons.).
12. Kreis (Leipzig-Stadt): Cohen-Frankfurt (Soz.), Kaufmann (natl.), Zeigiger Vertreter.
13. Kreis (Leipzig-Land): Seyer (Soz.), Dr. Henning (kons.), Redakteur Dr. Günther (natl.). Zeigiger Vertreter Seyer (Soz.).
14. Kreis (Vorna-Pegau): Rysfel-Leipzig (Soz.), Richter-Weiß (natl.), v. Liebert (Reichsverbändler (natl.), Zeigiger Vertreter Liebert.
15. Kreis (Wittwerda-Göbha): Stücken (Soz.), Richter-Königsweide (natl.), Dr. Roth-Burgstädt (natl.), Zeigiger Vertreter Stücken.
16. Kreis (Chemnitz): Roste (Soz.), Fleischermeister Reibmann (natl.). Zeigiger Vertreter Roste.
17. Kreis (Glauchau-Meerane): Wolfenbühl (Soz.), Richter-Weiß (natl.), Zeigiger Vertreter Wolfenbühl.
18. Kreis (Zwickau): Stolle (Soz.), Ingenieur Leupold (natl. und Fortfchr.). Zeigiger Vertreter Stolle.
19. Kreis (Stollberg-Schneeberg): Schöpflin (Soz.), Richter Dr. Seiner (kons. Antif.). Zeigiger Vertreter Schöpflin.
20. Kreis (Zschopau-Marienberg): Göhre (Soz.), Richter Bauer-Chrenkriedersdorf (Antif.), Landtagsabg. Göhre (Fortfchr.). Zeigiger Vertreter Göhre.
21. Kreis (Annaberg-Oberwiesenthal): Grenz (Soz.), Kreisbeamter (natl.), Rechtsanwalt Schlichte-Dresden (natl.), Zeigiger Vertreter Schlichte.
22. Kreis (Reichenbach-Kuerbach): Dr. Lensch (Soz.), Richter (natl. u. Fortfchr.). Zeigiger Vertreter Dr. Lensch.
23. Kreis (Pflanzen): Jädel (Soz.), Günther (Fortfchr.), Richter (natl. u. kons.). Zeigiger Vertreter Günther.

Wähler wurden aufgestellt: 23 Sozialdemokraten, 10 Nationalliberale, 4 Antifemiten und 9 Fortfchr.

Antifisch festgesetzt.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis sind im Landtagswahlkreis Leipzig-Land bei der Stichwahl für Müller 5174 Stimmen abgegeben worden. Die Zahl der Wähler mit einer Mehrheit von 5071 Stimmen gewährt worden. Die Zahl der Wähler betrug 5971. Davon gaben 5281 Wähler ihre Stimmen ab, und zwar 5174 für Müller und 5379 für Müller, im Ganzen 10553 Stimmen. Ferner wurden ungültige Stimmen insgesamt 319 gezählt.

Kollegial der amtlichen Feststellungen wiederholen die Kommentierungen über den Verlust von Leipzig-Land und ihnen in Aussicht gestellt, daß ihnen die bürgerliche Hilfe bei den kommenden Reichstagswahlen verweigert werden. Die Folge dieses Verhaltens würde allenfalls bei den sozialdemokratischen Kandidaten sein. Uns könnte es bei den Leipziger Neuesten Nachrichten rache-angefüllte Stichwahlakt nur recht sein. Wir hoffen, daß in solchen Fällen die Angst vor der Sozialdemokratie die nationalliberalen und konservativen Wähler nicht zur Stichwahlhilfe für die Fortfchr. verleiten wird. Die Nationalisten der Schachmacherblätter wirken übrigens schlagend, es sind Ausgeschwunden ohnmächtiger Mut.

Um die Fortbildungsschüler.

Auf der ganzen Linie ist in den Gemeinden der Kampf um die Fortbildungsschüler entbrannt. In einer Gemeinde geht es um die anderen bestiger dabei zu. Besonders lebhaft

aber ging es in Döbeln her. Dort hatte die Behörde im vorigen Jahre etwa 25 Fortbildungsschülern Straßmandate zugelandt, weil sie in der freien Turnerschaft mitgeturnt hatten. Die Eltern beantragten aber richterliche Entscheidung und der Stadtrat fiel hinein. Das konnte er nicht verhindern, deshalb legte er jetzt so ein kleines Ausnahmegesetz vor, das die Bestimmung enthält, daß die Beteiligung der Fortbildungsschüler an Veranstaltungen von Vereinen von der Genehmigung des Schuldirektors abhängig sein soll. Außerdem war vorgegeben, daß bei Zuwiderhandlungen sogar die Vereinsvorstände strafbar sein sollten. Die bürgerlichen Herren meinten, daß vernünftige Eltern diese Art Zucht der Fortbildungsschüler begrüßen müßten. Und einer schwang sich zu dem fulminanten Satz auf, von einem Zwange könne in diesem Falle überhaupt keine Rede sein, denn die jungen Leute hätten kein Selbstbestimmungsrecht. Darin spiegelt sich die Anschauung der ganzen bürgerlichen Welt wider und am liebsten würde man auch das Selbstbestimmungsrecht der erwachsenen Arbeiter aufheben.

Unsere Genossen lehnen den Herren gründlich so mit der Wirkung, daß die Strafbarkeit der Vereinsvorstände ausgemerzt wurde. Das Ausnahmegesetz sonst zu beschließen, davon ließ man sich nicht abhalten.

Verpöfelert.

In Eiterberg ist durch eine Aktiengesellschaft eine neue, große Fabrik gebaut worden, in der Kunstseide hergestellt werden sollte. Seit einem Jahr ist das Unternehmen im Betrieb. Es mußten zu diesem Zweck Arbeiter in größerer Zahl nach Eiterberg gelockt und auch Wohnungen für diese errichtet werden. Jetzt hat sich nach einjährigem Betrieb herausgestellt, daß der Betrieb ohne große Verluste nicht aufrecht zu erhalten ist. Auf der Generalversammlung der Eiterberger Kunstseidewerke — so nennt sich die Aktiengesellschaft — wurde ein Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats erstattet. Daraus ging hervor, daß infolge der gestiegenen Materialpreise und des stark gesunkenen Preises für die fertige Ware der jetzige Fabrikationszweig nicht lohnend sei, ein Umstand, der sich bei Gründung der Gesellschaft nicht hatte voraussehen lassen. Es sei deshalb nötig, die Gesellschaft in irgend einer Form zu liquidieren. Der Vorsitzende machte — so wird weiter berichtet — verschiedene Vorschläge, worüber sich eine mehrtägige Debatte entwickelte. Daraufhin wurde ein Vorschlag des Rechtsanwalts Dr. Höttner-Plauen angenommen, den Betrieb der Werke vorläufig einzustellen und eventuell einen neuen Fabrikationszweig interimsweise einzurichten. Dieser soll nach einem Verfahren des Herrn Alexander Bernheim-Verlin betrieben werden. Nur unter der Bedingung, daß das Verfahren gut sei, wurden in der Versammlung bereits 125.000 M. hierfür gezeichnet. Man will damit den Betrieb über Wasser halten, bis ein billigeres Verfahren zur Herstellung von Kunstseide gefunden ist. Eventuell wird die Fabrik ganz geschlossen werden. Die neuangelegenen Arbeiter müssen dann in eine schlimme Lage kommen. Auch die Stadt Eiterberg würde dann durch die selbige geschlagene Spekulation in Mitleidenschaft gezogen.

Schikanen gegen sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Im Gemeinderat in Oberzennersdorf bei Löbau leben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter mit der bürgerlichen Mehrheit bereits seit einiger Zeit in heftigem Kampfe. Es handelt sich um das Auslösen der Plätze — eine Maßnahme, die die bürgerlichen deshalb ergreifen, weil die sämtlichen drei unantastbaren Sitze von der Sozialdemokratie errungen worden waren und die bisher im Gemeinderat nicht üblich war. Unsere Genossen widersetzten sich dem und daraufhin wurde ihnen mit Wortentziehung geantwortet. Der Gemeindevorstand handelte dann nach einem Rat, den ihm die Antihauptmannschaft gegeben hatte. Unsere Genossen wandten sich aber mit einer Beschwerde an die Antihauptmannschaft und diese erklärte nun die Wortentziehung für unzulässig, da sie nicht in der Geschäftsordnung vorgesehen war. Diesem Mangel suchte man durch eine Abänderung der Geschäftsordnung abzuwehren. Es sollte bestimmt werden, daß der Vorsitzende berechtigt sei, dem das Wort zu entziehen, der sich der Auslösung der Plätze nicht füge. Die sozialdemokratischen Gemeinderatsvertreter wehrten sich auch jetzt gegen diese Entziehung. Aber was half es, der Antrag des Vorstandes wurde mit 16 gegen 3 Stimmen angenommen. Nun wollten die Herren von neuem zu der Auslösung der Plätze schreiten. Unsere Genossen protestierten, indem sie eine Beschwerde an die Aufsichtsbehörde auf Grund von § 67 der Landgemeindeordnung anfügten. Darüber herrschte unter der Reaktion natürlich große Wut, die aber der Hilflosigkeit bald Platz machte. Sie mußten sich erst in der Landgemeindeordnung orientieren, ob unsere Genossen im Recht waren. Und als sie sahen, daß es der Fall war und sie sich keinen andern Ausweg wußten, wurde der Beschluß gefaßt, die Sitzung abbrechen.

Neuer Fahrten mit Flugzeugen und Luftschiffen

hat das sächsische Ministerium eine Verordnung veröffentlicht. Danach müssen Piloten und Führer von Luftschiffen ein Prüfungszeugnis besitzen. Flugversuche von Personen, die nicht mit einem Führerprüfungszeugnis ausgestattet sind, können abgelehnt werden, wo mit Rücksicht auf die Lage zu den benachbarten Orten, auf den Umfang des Verkehrs und auf die übrigen örtlichen Verhältnisse keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen ist. Fliegen, die ein Prüfungszeugnis besitzen, kann das Ministerium mit ihrem Flugzeug außerhalb der bewohnten Ortschaften überall genehmigt werden, wo nicht in besonderen Verhältnissen auch über die Grenzen der Ortschaften hinaus ein Verbot rechtfertigen. — Das Ueberfliegen von bewohnten Ortschaften kann verboten werden. Die Flieger sind in jedem Falle vor dem Ueberfliegen größerer Ortschaften unter Hinweis auf die hierbei drohenden Gefahren zu warnen. Auch ist unter Hinweis auf die hierbei drohenden Gefahren von den Grundbesitzern, die von elektrischen Hochspannungsleitungen negativ überlagert sind, zu verbieten. — Flüge über Festungen und innerhalb eines 10 Kilometer-Umfreises von solchen sind ohne schriftliche Erlaubnis der zuständigen militärischen Behörde untersagt. — Eine besondere Kennzeichnung der Flugzeuge ist im allgemeinen vorläufig nicht zu fordern. — Auch von einer behördlichen Prüfung der Luftfahrzeuge wird vorläufig Abstand genommen. Im Übrigen enthält die Verordnung Spezialbestimmungen für besondere Fälle und die verschiedenen Arten von Fahrzeugen.

Ein gelehrtsunkundiger Gemeindevorstand.

Der Vorsitzende des Langenbessener Arbeiterabfahrervereins „Wach auf“ erhielt vom Gemeindevorstand Weidlich die Aufforderung, Mitgliederliste und Statuten des Vereins sofort einzureichen. Diesem ungeleglichen Verlangen wird natürlich nicht nachgegeben werden. Dem Gemeindevorstande dürfte aber zu empfehlen sein, sich einmal das Reichsvereinsgesetz genauer anzusehen.

Chemnitz. Die Begründung eines Kreisverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose im Regierungsbezirk Chemnitz soll nach einem Beschlusse des Vereins zur Bekämpfung der Schwindsucht in Chemnitz und Umgebung in die Wege geleitet werden. Der Kreisverband soll alle in der Kreishauptmannschaft Chemnitz bestehenden Vereine zur Bekämpfung der Schwindsucht umfassen. Der erwähnte Verein hat auch im letzten Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet und einen Sonderunterstützungskurs für Lehrer an Fortbildungsschulen abgehalten, an dem sich fünfundsiebzig Herren beteiligten. Außerdem fand noch ein Kursus für Mitglieder der auf dem Gebiete der Krankenfürsorge tätigen Frauen- und Arbeitervereine in der Stadt Chemnitz und Umgebung statt, der über 200 Teilnehmer zählte. In der Auskunfts- und Fürsorgestelle haben 3621 Personen Rat und Unterstützung erhalten, ferner wurden 7163 Wohnungsbedürfnisse abgeklärt. Der Umsatz an Vollmilch betrug 82.868 Liter. Die König-Friedrich-August-Walderholungsstätte wurde von 444 Personen mit 2151 Verpflegtagen besucht. Für den Neubau wurde ein 21000 Quadratmeter großer Platz bei Borna erworben, während für das geplante Kinderwald-erholungsheim ein 15 Hektar umfassendes Waldland bei Querswalde gekauft wurde.

Krimtschan. Zu einer Debatte über den Wert der Jahrmärkte kam es in der letzten Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Beratung einer Eingabe der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, worin um Aufhebung des sogenannten Laurentius-Jahrmarktes ersucht wurde. Herr Stadtv. Vater führte aus, daß sehr viel Wahres in der Eingabe der Schutzgemeinschaft liege. Die Jahrmärkte gehörten eigentlich aus Mittelalter, heute brauche man sie nicht mehr. Unsere Geschäftsleute müßten große Lager und teure Schaufenster halten, und es sich dann gefallen lassen, daß vor ihre Fenster Buden hingestellt werden. Acht Tage vor und nach dem Jahrmarkt gingen die Geschäfte flau oder stockten ganz. Nur die Restaurateure im Bereich des Jahrmarktes hätten Vorteile davon. Stadtv. Sachse als Mitglied des Marktschulusses bemerkte, die Marktschulussen machten keine zu großen Geschäfte, dagegen habe die Stadt 600 bis 700 M. Einnahme. Der Wubendirektor würde sich eine Aufhebung auch nicht ruhig gefallen lassen. Herr Stadtv. Schuster erklärte die Jahrmärkte für eine historische Einrichtung, die man erhalten müsse. Sie brächten sehr viele Fremde in die Stadt, die nicht nur auf dem Markt, sondern auch in den Geschäften faulten. — Nach weiterer Debatte wurde schließlich die Aufhebung des Jahrmarktes mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Beim Neubau des Hauptbahnhofes verunglückte in Leipzig der Arbeiter Joseph Langos dadurch, daß er mit einer Vorri in einen Fahrstuhl schaute. Der Bauwerksmeister war sofort tot. Langos hatte übersehen, daß der Fahrstuhl nicht frei war, weshalb er über ein vor der Fahrstuhlschleife liegendes Brett hinwegging. — Die Tragödien jugendlicher Selbstmörder sind um einen neuen beklagenswerten Fall vermehrt worden. In Chemnitz hat sich der 18jährige Sohn des Königl. Ratsrats Frische erschossen, weil er nicht verheiratet werden ist. — Das Gebäude der erzgebirgischen Armaturenfabrik in Riebersdorf ist durch Feuer vollständig zerstört worden. Der Schaden ist bedeutend, da auch dem Besitzer der Fabrik sein gesamtes Eigentum mit verbrannt ist. — Auf dem Rittergute Pähnitzsch bei Burgun ist die landwirtschaftliche Arbeiterin Elmal aus Polen an den Bosen erkrankt. Sie wurde per Automobil nach dem Leipziger Stadtkrankenhaus gebracht. — In Riebersdorf an der sächsisch-böhmischen Grenze der Rumburg geriet der 65jährige Hausbesitzer Franz Weiblich mit seinem Sohne in Streit, in dessen weiterem Verlaufe der alte Mann seinen Sohn mit einem Beile niederstach. Dann wollte er ihn so lange, bis er tot war. Der junge Weiblich führte einen leichsinigen Lebenswandel, und hatte einen größeren Geldbetrag, den ihm sein Vater zur Bezahlung von Kohlen übergeben hatte, in leichsiniger Gesellschaft durchgebracht. Der alte Mann stellte sich selbst der Polizei. — In Weizmannsdorf bei Freiberg wurde dem 14jährigen Sohne Paul des Gutsbesizers Bruno Stenm eine von der Reichshauptmannschaft Dresden gestiftete goldene Uhr mit Widmung überreicht, als Belohnung dafür, daß er die vierjährige Tochter des Kaufmanns Weinhold aus dem Dorfbach gerettet hat.

Stadt-Chronik.

Gewerkschaften und Hygiene-Ausstellung.

Zu den bekannten Vorlesungen, die die Gewerkschaften veranstaltet haben, von der geplanten Heimarbeit-Ausstellung auf der Hygiene-Ausstellung abzuweichen, und die die Öffentlichkeit in letzter Zeit viel beschäftigt haben, nahm am Sonnabend eine im Kristallpalast abgehaltene Versammlung der Arbeitererschaft besuchte öffentliche Versammlung der Gewerkschaften Deutschlands, G. Bauer-Verlin, sprach über: Wer hat die Beteiligung der deutschen Gewerkschaften an der Hygiene-Ausstellung bereitet? Von den Ausführungen des Referenten sei folgendes wiedergegeben:

Auf einer Konferenz der beteiligten Kreise im Februar 1910 hielt der Minister Graf Blythum eine Rede, in der er als Zweck der Ausstellung bezeichnete, alles das vorzuführen, was Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Hygiene geleistet und ferner, was sich von diesen Erfindungen Behörden und Unternehmern angeeignet haben. Und der Präsident des Reichsgesundheitsamtes erklärte, das Gebiet der Hygiene sei ein Thema, in dem sich alle politischen Parteien in Uebereinstimmung befänden. (?) Das Direktorium der Ausstellung erteilte an die Gewerkschaften eine Einladung, sich an der wissenschaftlichen Abteilung (Gruppe Berufe und Arbeiten) zu beteiligen, und die Generalkommission kam zu dem Ergebnis, daß die Beteiligung der Gewerkschaften an der Ausstellung notwendig sei. Es wurde betont, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, zu zeigen, was ist, und die Verhältnisse zu veranschaulichen, unter denen der Arbeiter lebt, schafft usw., daß es im Interesse der gesamten Arbeiterchaft liegt, die Ausstellung in dieser Hinsicht zu ergänzen trotz

mancher vorhandener Schwierigkeiten und großer Opfer an Zeit und Geld.

Da gewünscht wurde, das Material aus dem Gebiete der Heimindustrie geliefert werden möchte, kamen die Gewerkschaften auf den Gedanken, eine besondere Ausstellung zu arrangieren. Bedenklich war, nicht nur Produkte der Heimarbeit anzustellen, es sollten auch nach dem Vorbilde der Ausstellungen in Amsterdam und Vichy Heimarbeiter in Tätigkeit den Besuchern der Ausstellung gezeigt werden. Gerade diese Art der Ausstellung hat einen tiefen Eindruck auf das Publikum gemacht. In einem eigenen Pavillon sollten bis zu 16 Heimarbeiterfamilien tätig sein. Die Ausstellungsleitung war diesem Plane nicht abgeneigt, allerdings stellte sie die Bedingung, daß für diese Sonderausstellung eine Pflanzfläche von 2000 m² pro Quadratmeter gezahlt werde, während sonst in der wissenschaftlichen Abteilung die Ausstellungen kostenlos ist.

Kommerzienrat Vingner, der Geh. Rat Schliepe, Vertreter des Reichsgesundheitsamtes, und einige Ärzte sagten weitgehendes Entgegenkommen zu, aber schon im November 1910 machte der sächsische Geheimrat allerlei Bedenken geltend und schlug schließlich vor, die Sache gemeinschaftlich mit den Unternehmern durchzuführen, weil bei einer nur von den Gewerkschaften arrangierten Ausstellung die Gefahr bestände, daß sie tendenziös werde. Die Gewerkschaften erklärten, daß ein solcher Vorschlag ganz undenkbar sei, denn mit den Unternehmern würde es niemals zu einer solchen Ausstellung kommen, da diese alle Ausstellungsobjekte beanstanden würden.

Kommerzienrat Vingner stellte sich auf den Standpunkt der Gewerkschaften und bezeichnete die Befürchtungen einer tendenziösen Ausstellung für unbegründet, da bei Ueberschreitungen die Gewerkschaften ihre Sache nur schädigen würden, weil das Publikum häufig genug sei, sich selbst ein Urteil zu bilden. Die Gewerkschaften erklärten ausdrücklich, daß sie nur die Normalverhältnisse der Heimarbeiter ansprechen wollten, nicht etwa die freiesten Fälle. (2) Schließlich kam es zur völligen Ueberwindung unter den Beteiligten. — Die vom Direktorium der Ausstellung zugesagte Mitteilung wegen der Pflanzfrage des Pavillons blieb jedoch aus, dagegen erschienen in der Presse Artikel, aus denen hervorging, daß die Unternehmer gegen die Ausstellung mobil gemacht hätten. Sie halten von der Ausstellungstellung die Bildung einer Aufnahmehure bedenklich, die aus Unternehmern, Anwälten und Unparteiischen bestehen und darüber entscheiden sollte, was zur Heimarbeit-Ausstellung zuzulassen sei und was nicht. Die Generalkommission verlangte vom Ausstellungs-Direktorium Aufklärung, das aber nur mittelste, daß neue Verhandlungen wegen der Pflanzfrage nötig seien. Die Unternehmerforderungen waren von der Ausstellungsleitung akzeptiert worden, und Herr Vingner erklärte jetzt, Garantien seien notwendig, daß es nicht zu einer tendenziösen Heimarbeit-Ausstellung komme; es müßten auch die „Lichtseiten“ der Heimarbeit vorgeführt werden. Die Gewerkschaften erklärten, solche Lichtseiten nicht zu kennen, wenn man nicht gerade gewisse Beschäftigungen von Beamtenfrauen zu Hause im Auge habe, außerdem sei es auch nicht ihre Aufgabe, die Lichtseiten vorzuführen. Die Bildung einer Aufnahmehure würde als entwürdigend und beleidigend zurückgewiesen. Die Gewerkschaften erklärten schließlich noch, nichts dagegen zu haben, daß die Unternehmer in einem besonderen Pavillon die Lichtseiten der Heimarbeit zeigen, da das Publikum schon erfahren werde, welche der beiden Ausstellungen der Wirklichkeit entspricht. Vingner wollte nochmals mit dem Ministerium verhandeln. Inzwischen hatten sich die Gewerkschaften mit einer unparteiischen Jury doch noch einverstanden erklärt, die aus Mitgliedern der Gesellschaft für soziale Reform bestehe. Man schlug den früheren Minister Dr. Saxeby, Professor Franke, den Dresdner Sozialpolitiker Dr. Saxeby vor, doch wurde alles abgelehnt, die Unternehmer setzten jene Herren hätte von den wirklichen Verhältnissen keine Ahnung, sie schwächen mit den Nüssen in der Luft. Das Ende vom Viere war, daß bei den Gewerkschaften eine Ablehnung der Aufnahme stattgefunden, weil man deren Konzeptionen als nicht weitgehend genug bezeichnete.

Daraus ergibt sich, daß es Reinerung und Unternehmung nicht darum zu tun war, durch Unparteiliche feststellen zu lassen, was zur Ausstellung geeignet sei oder nicht, sondern man wollte von vornherein die ganze Sache bereinigen, weil man wußte, daß nichts Gutes auf der Heimarbeit-Ausstellung gezeigt werden konnte. Unter dem Druck der Regierung und des Unternehmertums hat die Ausstellungsleitung nachgegeben. Die Heimarbeit-Ausstellung ist am Egoismus und an den heimlichen Interessen der sächsischen Unternehmer gescheitert. Es wäre der Gewerkschaften unbillig gewesen, wenn sie sich unter solchen Umständen doch beteiligt hätten. (2) (Mitschnittliche Zustimmung.)

Recher wurde dann die Debatte, die diese Vorkommnisse im Dresdner Stadtdirektorenkollegium und im Reichstagsausschuss über den Sächsischen Staatsanzeiger. Die armen Erzgebirger werden nicht wenig erlauth gewesen sein, als sie gehört haben, was sie für wohlhabende Leute sind. Der Distrikus hätte nur die Verhandlungen des letzten deutschen Heimarbeitstages wiedergeben sollen und er hätte erörtern müssen. Es handelt sich um Dinge, wie sie sich die schwärzeste Phantasie nicht ausmalen kann, und die sächsische Regierung kennt diese Dinge, sie hat selbst darüber eine Statistik aufgenommen und sie den Reichstagsabgeordneten zugänglich gemacht. Wenn sie die Dinge kennt, deshalb eben gerade das Bestreben, sie zu verkheimlichen. Wenn man weiter bedenkt, daß für Tanzveranstaltungen und Tingeltangel auf der Hygiene-Ausstellung hinreichend gesorgt ist, daß auch Wein- und Selbstbrennen nicht fehlen, kann man begreifen, daß man Dinge, wie sie eine Heimarbeit-Ausstellung bieten müß, nicht zuläßt, sie könnten dem Besucher mit dem gefüllten Portemonnaie die gute Laune verderben.

Die Ausstellung mag — so ichosch Medner — ein dem Attentatstäter dienendes Unternehmen sein und den leitenden Persönlichkeiten manchen Erden einbringen, ein unläsliches Auktionswerk wird sie nicht werden. Aus dieser Episode — nur ein wenig handelt es sich — ergibt sich von neuem, daß wir in einem Massenstaate leben und daß die Regierungen nichts weiter sind als die geschäftsführenden Ausschüsse der Kapitalistenklasse. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterklasse sich nur aus eigener Kraft zu helfen vermag und daß sie sich eine bessere Lebenshaltung erkämpfen muß.

Der starke Weisfall, den Medner während seiner Ausführungen und am Schlusse erntete, ebenso die Kundgebungen des Rijfalleus bei Schilderung des Verhaltens der sächsischen Regierung und des Unternehmertums ließen keinen Zweifel

darüber, daß die Arbeiterschaft die Haltung der Gewerkschaften in dieser Angelegenheit billigt. — Eine Debatte wurde nicht beliebt.

Vom Bauwesen.

Im letzten Vierteljahr 1910 wurden 15 Neubauten von Wohnhäusern in geschlossener Bauweise, 18 Neubauten von Wohnhäusern in offener Bauweise und 32 Neubauten anderer Gebäude genehmigt. Außerdem 102 Neubauten von Schuppen und sonstigen kleinen Baulichkeiten, 51 größere Umbauten, Auf- und Anbauten und 273 Bauberänderungen, Ladeneinbauten usw. Hierzu kommen noch die Genehmigungen von 9 Gebäudeabtragungen, 10 Dampfkesselanlagen, 10 Motoren, 27 Zentralheizungen und gewerbliche Feuerungsanlagen usw. In dem gleichen Zeitraum wurden für ausgeführt erklärt: 14 Neubauten von Wohnhäusern in geschlossener Bauweise, 11 Neubauten von Wohnhäusern in offener Bauweise und 15 Neubauten anderer Gebäude. Hierzu kommen noch 118 Neubauten von Schuppen und sonstigen kleinen Baulichkeiten, 47 größere Umbauten, Auf- und Anbauten, 347 Bauberänderungen, Ladeneinbauten usw., 9 Gebäudeabtragungen, 5 Dampfkesselanlagen, 9 Motoren, 33 Zentralheizungen und gewerbliche Feuerungsanlagen usw. In den ausgeführten Bauten waren insgesamt 351 neue Wohnungen enthalten. Durch Abbruch oder Umbau fielen 44 Wohnungen weg, so daß der reine Wohnungszuwachs 307 beträgt. — Nach der Zählung der Wohnungen vom 1. Dezember 1905 befanden sich damals 134 011 Wohnungen in Dresden. Auf Grund der Fortschreibung betrug die Zahl der Wohnungen am 1. Januar 1911 in Dresden 139 586.

Der verbaute Ratskeller.

Größere Umbauten im neuen Rathaus sollen, wie die A. N. erfahren, geplant sein. Es handelt sich um den Ratsweinskeller, in dem sich schon früher umfangreiche Veränderungen der Abortanlagen notwendig machten, die viel zu klein angelegt worden waren. Die Bauleitung hat aber auch vergessen, eine Garderobe einzubauen, die bei größeren Festlichkeiten gebraucht wird. Man will man die Trinkstube der Stadtvordneten als Garderobe einrichten und für die Stadtvordneten einen anderen Raum nach dem Hofe zu an den Ratskeller anbauen. Zu einem weiteren Umbau wird die Lage der Küche des Ratskellers Anlaß geben. In der Nähe der Küche befinden sich die Weinkeller. Die Kücheneinrichtung führt in den anstoßenden Keller einen derartigen Steigerung der Temperatur herbei, daß die dort lagernden Weine nur unter den größten Schwierigkeiten oder überhaupt nicht gekühlt gehalten werden können. Bestreben soll auch die Küche des Ratskellers in einen Kellerräumen verlegt werden, der in dem angrenzenden Hofe errichtet werden soll. Unerklärlich muß es erscheinen, daß man gerade die schöne Trinkstube der Stadtvordneten in eine Garderobe umbauen will. Dieser Raum ist mit erheblichem Kostenaufwande eingerichtet und mit Malereien geschmückt worden.

Wenn diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, dann hätte man es mit einer gründlichen Verpöfung der ganzen Ratskelleranlage zu tun. Die Umbauerei wird natürlich ein großes Stück Geld kosten, und obendrein bleibt doch alles Platzarbeit.

Ein Kongressjahr.

Die Leitung der Hygiene-Ausstellung hat jetzt ein Verzeichnis der Kongresse herausgegeben, die während der Dauer der Ausstellung angemeldet sind. Danach werden in dieser Zeit in Dresden insgesamt 318 Kongresse abgehalten. Davon entfallen auf medizinische Organisationen 42, auf Organisationen mit speziell hygienischen Interessen 43, auf Handel- und Industrieorganisationen 81, auf Organisationen des Versicherungswesens 5, auf technische Organisationen 10, auf Bau- und Wohnungsorganisationen 7, auf Beamtenorganisationen 25, auf Privatangehörigen-Organisationen 7, auf Handwerkerorganisationen 7, auf Arbeiterorganisationen 9, auf Charitative und Jugendfürsorge-Organisationen 12, auf Frauenvereine 8, auf Organisationen für Schulwesen 7, auf landwirtschaftliche Organisationen 9, auf Sportorganisationen 11 und auf verschiedene Organisationen 30. — Unter den Arbeiterkongressen befinden sich zwei auf dem Boden der modernen Gewerkschaften stehende: der Gewerkschaftskongress (vom 26. Juni bis 2. Juli) und der Bezirk Sachsen des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Die beiden Sanitätswachen des Samaritervereins zu Dresden (Wallstraße 14 und Marienstraße 8) waren im Monat März in 290 Fällen tätig und zwar: 247mal bei Tage und 43mal bei Nacht. Von den Hilfesuchenden (207 männlichen und 83 weiblichen Personen) verlangten 228 die Hilfe auf den Wachen und 62 anderwärts. 251 wurden wegen äußerer Verletzungen und 39 wegen innerer Erkrankungen behandelt. Betriebsunfälle waren 158 zu verzeichnen. Transporte machten sich 18 notwendig.

Osterverkehr. Im Hinblick auf den während der Dauer des Hierfestes erhebungsähnlichen eintretenden starken Reiseverkehr wird empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Eisenbahn-Zahrtarten zu lösen und die Gepäckstücke auszugeben. Weiter sei darauf hingewiesen, daß es sich empfiehlt, die Gepäckstücke fest zu verpacken, gut zu verriegeln und mit Namen und Wohnung des Verkäufers sowie Namen des Empfängers und der Bestimmungsortung deutlich zu beschriften, auch im inneren Raum des Gepäcksstückes einen Zettel mit gleicher Aufschrift beizulegen, damit bei Abhandenkommen der äußeren Verpackung und unwillkürlicher Öffnung des Gepäcksstückes sofort ein Nachweis des Eigentümers gefunden und das Gepäc unverzüglich nachgeschickt werden kann.

Ertrunken. Am Sonnabend in später Abendstunde vernahm ein Bootsmann am Elbtal oberhalb der Marienbrücke Hilferufe eines Mannes, konnte aber trotz raschen Abfahrens des Elbspiegels wegen der Dunkelheit nichts wahrnehmen. Am getriggen Sonntag mittag entdeckte nun derselbe Bootsmann zwischen dem am Radhof verankernden Rähnen einen Leichnam, den er ans Land brachte. In diesem wurde der 24 Jahre alte Tischlergehilfe Friedrich Max Baische, Schäferstraße 27 wohnhaft gewesen, festgestellt.

Bermischte Nachrichten. Eine größere Anzahl Stadtpläne ist teils in neuer Auflage, teils vollkommen neu hergestellt erschienen. Besonders wird auf die im Maßstabe 1:5000 hergestellten und neu bearbeiteten Uebersichtsblätter zum Bauungsplan der Wilsdruffer Vorstadt und Vorstadt Striesen hingewiesen. Ersteres enthält das Gebiet, welches begrenzt

wird durch die Elbe, Stallstraße, Ostra-Allee, Große Dohnastraße, Annenstraße, Falkenstraße, Chemnitzstraße, während der Behauungsplan der Vorstadt Striesen begrenzt durch die Kirchengrenze mit Blafewitz, der Vorstadt Annen Stübel-Allee, Fürstenstraße und Blafewitzer Straße. In diesen Plänen sind nicht allein die genehmigten Straßen- und Baufluchtlinien nebst den vorgärten zu sehen, sondern auch die durch die Bauordnung festgesetzten Sonderbestimmungen. Die Pläne können im neuen Rathaus, drittes Obergeschosse Zimmer 408, eingesehen werden und sind für je 250 M. Kosten (ausschließlich der in Partienform), bei denen die eingegangenen Beträge mittels Zahlkarte an das Postfachamt gefandt werden, können die ausgefüllten Nachnahmekarten jeweils einer auf der Rückseite des Briefes, der Druckfache zusammengebracht, mit einer Verschlusklappe versehenen Zylinder befügt werden.

Kinderfchug-Kommission 6. Kreis. Dienstag den 11. April, abends 8 Uhr, Sitzung im Schillingshof, Lübtan. Wichtigster Besprechung ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Aus der Umgebung.

Leuben. Man schreibt uns: Uebergroße Sparmaßnahme seit einiger Zeit am hiesigen Ort. Sobald Sonne im Kalender steht, leuchtet abends kein Lamplein den Strand heimwärts, lediglich Mond und Sterne spenden ihr Licht und geben so fast die einzige Straßenbeleuchtung. Verbirgt der Mond aber sein bleiches Gesicht hinter dunklen Wolken, dann kann es passieren, daß Leuben in die tiefste ägyptische Finsternis geküßt ist und vorliche Leute im anno bazumal, wieder mit der Stalklaterne den Weg beleuchten, laut lästend über hohe Steuern und eine allzu spame Gemeindeverwaltung.

Birgitz. Dienstag den 11. April, abends 7 Uhr findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Hainsberg. Eine in Hainsberg abgehaltene Sitzung von Geschäftsinhabern erklärte, daß eine Kündigung der bisherigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe Handelsgewerbe in der Gemeinde von den Geschäftsinhabern nicht gewünscht wird. Die Angestellten dürften anders denken.

Saalfeld. Seitdem die Bezirksamt beauftragt wurde, ist die Einwohnerchaft nicht mehr recht hoch genug fortgesetzt tauchen wegen der Bezirkswahl neue Fragen auf. Mehrere Verfassungen hat die Einwohnerchaft gestellt und die Pläne der Amtshauptmannschaft genommen und in mehreren Sitzungen des Gemeinderates mußten die Rechte der Gemeinde gegenüber dem Bezirksaussehuh wahrgenommen werden. Der Wäg der Kosten für Landarme Siedle, Korrektoren usw. Bezirken auf und der Bezirk möchte nun von der Gemeinde, die Anstalt gehört, recht viel Rechte und Vorteile erhalten. mag bei einer großen und reichen Gemeinde nicht allzuwenig sein, aber einer so armen Gemeinde wie Saalfeld ist das einfach unmöglich. Erst mußte die Gemeinde den Kampf gegen die Bezirkseitung führen, dann wollte man den Anfallinspelt einfach dem Gemeinderat als händiges Mitglied zugehörig lassen, und jetzt tauchen wieder neue Fragen auf, die den schärfsten Protest der Einwohner herausfordern. — So laupen frühere Amtshauptmann Kraug v. Nidda im Amt war, waren Reibungsstellen zwischen Amtshauptmannschaft und Gemeinde trotz geringfügig, seitdem aber ein neuer Herr seinen Einzug gehalten hat, ist in dem alten Verhältnis auch eine sehr wesentliche Änderung eingetreten. Jetzt ist man dabei, eine Anzahl alte stätte der Siedelhaus einzurichten. Dem Gemeinderat, der weder ein Vorgesuch zur Genehmigung vorgelegt, noch der Gemeinderat irgendwas Gelegentlich gehabt, seine Bedenken sunbeständlicher Beziehung zu äußern, denn die Gemeinderat weiß heute noch nicht, ob in dem Gebäude überhaupt anzuwerden sollen, die gefüllt werden können, oder solche, die erst har in Frage kommen. Die Amtshauptmannschaft, die sich täpfelchen über dem i in den Ortsstatuten beläugten will, ist scheinbar gar nicht für notwendig, die gewählte Sekretäre der meindeangehörigen, in Saalfeld von so wichtigen Dingen Kenntnis zu setzen.

Das Gebäude, in dem die Rungenbanken untergebracht den, liegt direkt an der Hauptstraße nach Zauddere am Eingang, gegenüber dem Gasthofgarten, der im Sommer bei auswärtigen Ausflügler besucht wird. Das Gebäude, das auswärtigen Ausflügler untergebracht werden, muß, um in der feßlicher die Korrektoren untergebracht werden, muß, um in der Bedürfnisse zu entsprechen, däßig umgebaut werden, die Frage aufsteht, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die alten Jock weiter zu verwenden. Unter allen Umständen müßte das Gebäude für Rungenbanker absteht von den städtischen Bezirk errichtet werden. Für die in einer Weise muß gewiß gefordert werden; aber das soll nicht in der Weise schehen, daß dadurch Gesundheit und Leben der Menschen gefährdet. Und das ist zweifellos der Fall, wenn das Gebäude an der Hauptstraße liegt. Ob noch in demselben Maße, wenn Rungenbanken in dem neuen Gebäude untergebracht sind, zu beweisen. Erst gründen man Tuberkulosefürsorgeanstalt zu bezeichnen. Erst gründen man als Brutstätten dann schafft man Einrichtungen, die man als Brutstätten für öffentlichen Krankheits bezeichnen muß. Aber noch ein anderer Betracht und nicht dagegen, daß das Gebäude, das für den Zweck verwendet wird. Das Terrain, auf dem das Gebäude steht, ist dem sich die Rungenbanker Bewegung im Freien verschaffen abzugrenzt an die Wiese, wobei die Fäkalien des Siedelhauses abzugeben. Das Siedelhaus hat Wasserlolets und die Fäkalien werden auf diese Wiese geleitet. Jeder Larv legt gerade jene Stelle für arme Schwindsüchtige, die sich doch noch erholen sollen, an unangenehmen ist. Borchelnicht noch erholen sollen, an unangenehmen ist. Borchelnicht warmen Jahreszeit sind dort über Bezüge hart verdrückt, wurde nicht mal ein offenes Weg an jener Stelle hergestellt, die Ausdünstungen genehmigt, eine Art Gefensystem dieser ungesunden Stelle eine Art Gefensystem hergestellt werden. Der frühere Amtshauptmann hatte schon ausgedacht, wenn ein Gebäude für Rungenbanker errichtet werden müß, hinter dem Dorfe an geeigneter Stelle, aber unter keinen Umständen an der jetzigen Stelle zu errichten hat.

Der Anstaltsdirektion scheint es die Dresdner Volksgemeinde zu haben. Es ist ihr scheinbar unangenehm, daß diese Zeit immer wieder an die Lessknichterei gedenkt ihr nicht, weil die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher lassen ihr nicht, weil sie unerschrockener Weise die Interessen sämtlicher Gemeindeglieder vertreten. Man hätte vielleicht getraut gesehen, wenn wir der Schumann durch den ihm gemachten Trost aus dem Gemeinderat, ob er geflohen wäre; aber das ist vorbezeichnet. Die Anstaltsdirektion zeigt fortgesetzt Anfragen an den Gemeinderat, ob er sich seiner Gesamtheit mit den Ausführungen der Dresdner Volksgemeinde identifiziert. Es wäre wahrlich an der Zeit, wenn der Gemeinderat mal den Herren ganz energisch sagte, daß sie sich um andere Gemeindevorsteher kümmern möchten und nicht darum, ob der Gemeinderat die jense Rottiz in der Dresdner Volksgemeinde für richtig oder anerkennt. Oder hat man andere Absichten?

Erklärung.

In der Stadterordnetenung am 23. März 1911 hat Herr Stadterordneter Ulrich nach dem demographischen Bericht ausgeführt, dass die bürgerliche Vereine erhalten, auf den geringsten Kosten, die bürgerliche Vereine erhalten, auf den geringsten Kosten, die bürgerliche Vereine erhalten, auf den geringsten Kosten...

Gerichtszeitung.

Sandgericht.

Wegen Verletzung elektrischer Kraft mußte sich ein Schuldiger in Verhaftung vor hiesigem Schöffengericht verantworten. Angeklagter hat in seinem Laden zwei elektrische Glühlampen angebracht, die durch einen Kurzschluss einen Stromausbruch verursachten, wodurch ein Nachbar dem Schaden ausgesetzt wurde...

Bei der Verhaftung wurde ein Hausmann auf hiesiger Straße verhaftet. Durch einen hauseigenen Zündendehner wurde ein Feuer in der Küche gelegt und eine Lampe entzündet. Der Angeklagte wurde nach längerer Verhandlung freigesprochen...

Diebstahl und Krankheit in der Familie brachten den Hausmann Paul Woyler nach seinen Angaben wieder auf die Straße. Er arbeitete bei dem Wassermeister in Mügeln und wurde durch einen Freund dem Markthelfer Emil Richard übergeben. Die Ausbeute war 13 M., wovon er 2,50 M. für sich behielt...

Schöffengericht.

Der Inhaber einer elektrischen Lichtanlage in Dresden, Max Wolff, hat seinen Woll auf dem Schöffengericht verklagt, da er wieder einmal eine elektrische Lichtanlage in seinem Betrieb kam, um Ermittlung der Verhältnisse vorzunehmen, wurde Wolff durch Wolff verklagt. Wolff gab darauf den Wollfabrikanten Wolff als seine Pflicht an, befragte der Wollfabrikant Wolff, ob er das ganze Jahr hindurch, im Ausbruch von Elektrizität, die Wollfabrikanten gegen die Staatsgewalt auf 60 M. Strafe...

zu beantworten. Der Meister wurde bedroht und wegen Aufregung zu 10 Tagen, der Gehilfe zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

19. Generalversammlung der Zimmerer Deutschlands.

Sechster Verhandlungstag. Bei der fortgesetzten Beratung der Statuten gestellten Anträge wird zum Streikreglement beschlossen, daß bei Ausbesserungen und Abwechselfällen diejenigen Mitglieder, die dem Verbands noch kein Jahr angehören, in allen Klassen eine um 20 Pf. pro Tag geringere Unterstützung erhalten. Beim Reglement für die Arbeitslosenunterstützung rief ein Antrag Dresden, der wünscht, daß Arbeitslosenunterstützung auch an Mitglieder bezahlt wird, die das Arbeitsverhältnis wegen Krankheit lösen mußten, aber nach Behebung des Krankheitsfalls keine Arbeit finden, eine längere Debatte hervor...

Von den allgemeinen Anträgen wünschen mehrere, daß alljährlich Gaukonferenzen stattfinden sollen, auf denen die Gauleiter über ihre Tätigkeit Bericht erstatten und gewählt werden. Die Gauleiter Hannover verlangte ferner, daß für die Gauleiter Kontrollen eingeführt werden. Die Generalversammlung beschließt aber, es bei dem bestehenden Zustand zu belassen; damit waren die erwähnten Anträge abgelehnt. Über die Anträge, die eine Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband resp. eine Unterordnung darüber wünschen, geht die Generalversammlung zur Tagesordnung über. Beim Punkt Verschiedenes regte der zweite Vorsitzende G. e. Hamburg Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Kassistenbeamten an. Er schlägt vor, diesen Beamten das gleiche Gehalt wie den Gauleitern zu gewähren, also mindestens 1000 M. Anfangsgehalt und 2000 M. Endgehalt. Mit 66 gegen 34 Stimmen wird beschlossen, den Kassisten zur Pflicht zu machen, die Gehälter der Beamten in dieser Höhe festzusetzen...

Bei der Neuwahl des Zentralvorstandes wird die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder vorgeschlagen. Der Vorstandsvorsitzende Schrader erklärt, es sei ihm in Rücksicht seines hohen Alters unangenehm, wenn er von seinem Posten entbunden und an seine Stelle ein jüngerer Kamerad gewählt werde. Schrader wird aber erwidert, im Interesse des Verbandes das Amt wieder anzunehmen. Sämtliche Verbandsfunktionen — einschließlich der Vorarbeiten des Ausschusses und der Redaktion des Verbandsorgans — werden einstimmig wieder gewählt. Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der des Ausschusses Berlin. Damit waren die Arbeiten der 19. Generalversammlung beendet. Vorsitzender Schrader zog ein Resümee der Verhandlungen. Er konstatierte, daß in der Tariffrage volle Einmütigkeit besteht, und sprach den dringenden Wunsch aus, daß die gesammelten Beschlüsse auf der ganzen Linie zur Durchführung gelangen. Der Verband könne dem Jahre 1913 mit guter Zuversicht entgegengehen. (Zustimmung.) Mit einem Hoch auf den Verband schloß Schrader die Generalversammlung. Die nächste Generalversammlung tagt im Jahre 1913. Der Ort ist noch nicht bestimmt.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Arbeitslosigen - Justiz. In neuerer Zeit weht wieder ein besonders scharfer Wind in den deutschen Justizregionen. Die Arbeitswilligen- und Streikwilligen sind besonders, die, wie es fast scheinen könnte, nach den ewigen Hegeorien der Unternahmerpresse und der reaktionären Reichstagsmitglieder nerods geworden ist. So wurden jetzt wieder vom Lüdenscheiders Schöffengericht harte Strafen gegen drei Arbeiter verhängt, die sich angeblich gegen die „wertvollsten Elemente“, wie sie die Justizhausvorlage nannte, vergangen hatten. Fünf Monate Gefängnis erhielt ein Angeklagter, weil er einem Arbeitswilligen — ein schamloses Verbrechen an den Kopf geworfen haben soll, während zwei weitere Angeklagte, die gegen die Arbeitswilligen „schwerlegende Schimpfwörter“ gebraucht haben sollen, mit Gefängnisstrafen von zwei und drei Monaten bedacht wurden. In der Urteilsbegründung heißt es, daß vorzuziehende Ausschreitungen in Lüdenscheid, „wo man solche Dinge bis vor kurzem nicht kannte, besonders streng bestraft werden müßten“. In anderen Urteilsbegründungen wird betont, daß die Höhe der Strafen damit begründet, „daß solche Dinge sich häufen“. Wie's paßt. Wenn man damit vergleicht, wie milde wirkliche Hochzeiten Arbeitswilliger und Unternahmer gegen Streikende oft von Gerichten beurteilt werden, dann braucht man sich nicht gerade zu wundern, daß man im Volk von Klassen- und Tendenzjustiz spricht und das Ansehen der Justiz gründlich untergraben wird in der deutschen Arbeiterschaft.

Köln.

Die Schuhmacher beschlossen in einer gestrigen stark besuchten Versammlung, heute die Arbeit niederzulegen. Der Antrag für Schloßarbeiter ist nach Dresden gespart. Im Radbruch wird gebeten. Bei der Firma Oberle, Schäferstraße 40 (Schuhfabrik) bestehen Lohnhöherungen.

Die Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes.

Die Firma Wolf, Birnische Straße, hält den Tarif nicht ein. Eine Sitzung der Überwachungskommission führte zu keiner Einigung. Herr Wolf will dem Tarif, trotzdem er Mitglied der einen vertragschließenden Partei ist, seine Zustimmung nicht geben. Darum wird vertragsgemäß über die Werkstatt Wolf, Birnische Straße, die Sperre verhängt. Alle Tapezierer und in unserm Verufe mit Tapeziererarbeiten beschäftigten Saitler haben Arbeitsangebote der Firma zurückgewiesen. Vor allem kommen die Ausstellungsarbeiten in Betracht. Arbeiter anderer Verufe werden erücht, und in unserem Kampfe um die Durchführung des Tarifes nach Kräften zu unterstützen.

Die Tarifüberwachungskommission.

Ein Ruf nach Gerechtigkeit aus dem Gefängnis. Genosse Prüßlich, der befristet durch einen Rechtspruch der Altmeyer Schwabensoren zu 2 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat aus dem Gefängnis einen Brief an den Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes geschrieben. Der Grundstein drückt darauf das Folgende ab: Köln, den 21. März 1911.

An den Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Osnabrück. Liebe Freunde!

Das Unglaubliche ist vollbracht: man hat mich verurteilt. Ich will über diese Ungerechtigkeit hier kein Wort verlieren; ich will aber auch weisend, obwohl ich weiß, daß dies nicht nötig ist, den Schwur ablegen, daß ich unschuldig bin und meine Frau, meine Kinder, meine Eltern und alles, was mir heilig ist, nicht mehr wiedersehen will, wenn ich nicht das Gegenteil von dem getan habe, dessen man mich beschuldigt und für das man mich verurteilt hat. Ich mache mir keine Illusionen; ich werde jahrelang im Gefängnis zubringen müssen; aber ich bin mir bewußt, daß dieses Opfer nicht umsonst gebracht sein wird, daß es Petroleum für unseren Befreiungskampf ist. Und dieser Gedanke und der Gedanke an meine Frau und Kinder und an meine armen Eltern... hält mich in diesen schwersten Stunden meines Lebens aufrecht.

Ich habe meinem Reichsbevollmächtigten, gegen das Urteil Revision einzulegen; denn ich weiß, daß es heute keine Gerechtigkeit gibt; aber ich habe ihn gebeten, mit aller Kraft das Wieder- aufnahmeverfahren anzustreben. Es muß ein Leichtes sein, durch Tugend von Jüngern zu beweisen, daß ich einem Rechtspruch zum Opfer gefallen bin... Auch aber bitte ich, mir in meinem schweren Kampf um Recht und um meine Ehre beizustehen... und alles zu tun, damit mir und meinen unglücklichen Kollegen Recht wird. Ich hoffe, daß sich auch der Parteivorstand und die Generalkommission unter annehmen, wie sie sich des französischen Genossen Durand angenommen haben; denn hier handelt es sich weniger um unsere Person, als um die Arbeiterbewegung, die in uns getroffen werden sollte. Es sollte ein Exempel statuiert werden um jeden Preis.

Und nun grüße mir unsere Kollegen im Lande und sagt ihnen, daß sie Rechte für uns nehmen sollen, indem sie von neuem mit doppeltem Eifer für unseren Verband und unsere Partei eintreten, damit endlich der Wahrheit und dem Rechte zum Sieg verholfen werden kann. In der Hoffnung, daß Ihre meine Wünsche erfüllt, grüße Euch herzlich. Euer G. Prüßlich.

Der Brief zeigt, wie ein Ehrenmann aufrechten Kampfs, im Bewußtsein seiner Mafellosigkeit, ins Gefängnis geht. Sein Appell an die organisierte Arbeiterschaft wird nicht vergebens erklingen. Sein Opfer wird nicht umsonst gebracht sein.

Das Zentralarbeitssekretariat im Jahre 1910.

Seit Bestehen des Sekretariats ist die Anzahl der ihm über- wiesenen Klagen von Jahr zu Jahr gestiegen. Für das Jahr 1910 betragen sie 2416 gegen 2117 im Vorjahre. Neben diesen 2416 zur Bearbeitung und Vertretung vorliegenden Klagen waren neun Sachen noch aus dem Jahre 1909 verblieben und 1023 aus dem Jahre 1908, so daß insgesamt 3448 Streitigkeiten zur Bearbeitung vorlagen. Von diesen sind im Berichtsjahre 2245 Streitigkeiten erledigt worden, so daß noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 708 zugunsten des Verletzten und 993 zu ungunsten des Verletzten erledigt; in 348 Fällen mußte eine Vertretung abgelehnt werden. Von 134 Revisionen in Invaliden- streitsachen mußte in 88 Fällen eine Vertretung abgelehnt werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für die Revision unvollständig fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen des Verletzten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurück- gewiesen. Je 6 Revisionen der Verletzten und der Versicherungs- träger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schöffengericht zurückgewiesen wurden 23. In Knappschaftspensionsfällen lagen 25 Klagen vor, von denen 24 beim Oberlandesgericht zuständig waren. In 9 Fällen wurde die Revision der Verletzten zurück- gewiesen, in 4 Fällen wurde sie an das Schöffengericht zurück- verwiesen.

Außer diesen Rentenstreitsachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur schriftlichen Ausfertigung angegangen worden und machte sich in diesen Fällen 1108 einzelne Auskünfte erforderlich. Schriftliche und Briefe wurden 8676 vom Sekretariat angefertigt.

Vom Arbeitersekretariat aus werden für die im Jahre 1911 stattfindenden Wahlen der Vertreter zum Reichsversicherungsamt bereits die vorbereitenden Schritte unternommen.

Zum Schluß des Berichtes wird darauf verwiesen, daß die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine immer freudiger und schäferer wird; namentlich wird das Moment der Gewöhnung immer mehr bei der Beurteilung der Renten zur Anwendung gebracht. So wird auch nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes jetzt schon bei Verlust des ganzen Zeigefingers nach 13 Wochen eine Gewöhnung angenommen und die Rente entzogen. Auch in den Fragen der Anerkennung eines Betriebsunfalles und des Zusammenhanges eines Leidens mit dem Unfall enttäuscht die Rechtsprechung immer mehr.

Wenn zwei daselbe tun...

Beim Steinsefertwerk in Thorn im November 1910 wurde der Arbeiter des Verbandes Genosse Schwandt vom Polizeibeamten Dehmow geschädigt. Schwandt wurde, als er nach dem Vorliegen des Polizeiberichts, verhaftet. In dem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren „wegen Erregung einer Unruhe“ wurde er freigesprochen. Gegen den beteiligten Polizeibeamten stellte Schwandt Strafantrag, der jedoch von der Staatsanwaltschaft wegen Mangels eines öffentlichen Interesses abgelehnt wurde. In der daraufhin angestrebten Reklamation wurde der Polizeibeamte, der wegen Verletzung mit 6 M. bestraft ist, vom Schöffengericht in Thorn mit 3 M. Geldstrafe oder einem Tag Haft bestraft. Dem Kläger wurde die einmalige Publikation des Urteils auf Kosten des Verletzten zugesagt.

Der Polizeibeamte bekam für die erweisene Verletzung gegen den Genossen Schwandt 3 M. Strafe, Schwandt aber, der einen Arbeitswilligen Damp genannt haben soll, wurde barden zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Gewerkschaftskartell Juidau.

konkret in seinem jetzt erschienenen Geschäftsbericht auf 1910 ein sehr erfreuliches Anwachsen der Gesamtmitgliedszahl von 9736 auf 10377 bei 30 dem Kartell angehörenden Gewerkschaften. Dem wirtschaftlichen Aufschwung des Vorjahres standen die allgemeine Teuerung der Erzeugnisse und die leider im Juidau Bezirke noch vorhandenen ungenügenden Lohnverhältnisse gegenüber. Der Bericht kennzeichnet das Gebaren der Metallindustriellen, die sich durch die Gründung einer — Innungsstellenliste und eines Innungsschiedsgerichts von der ihnen verhassten Lohnsenkung und dem Gewerbergericht freizumachen suchten, vorläufig aber keinen Erfolg damit erzielten.

Die Bauarbeiterkommission mußte in 35 Fällen wegen mangelhafter Bauarbeiterleistungen einschreiten. Nachregelungen von Arbeitern wegen Wahrung dieser berechtigten Interessen waren ebenfalls zu verzeichnen. Versuche der Kommission, in einer Eingabe beim Räte der Stadt Juidau eine Verbesserung der baupolizeilichen Arbeiterbestimmungen zu erzielen, blieben ebenso unfruchtbar und un- beantwortet wie eine gemeinsame Eingabe des Kartell- vorstandes und der örtlichen Parteileitung, welche Maßnahmen zur Steuerung der Fleischnot durch die Regierung vom Räte befürwortet wünschte. Man kann daraus schließen, welche lebhaftes Interesse der Räte der Reichstadt Juidau dem Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter entgegenbringt. Der Bericht charakterisiert diese Mafellosigkeit des Rates in der Frage der Fleischnot- Eingabe wie folgt: „Es waren ja auch nur 13000 organi- sierte Arbeiter, in deren Auftrag die Eingabe gemacht wurde; da kann man vom Stadträte nicht verlangen, daß er eine Antwort erteilt. Er hat ja auch genügend mit der Wahrung der Interessen der bürgerlichen Kreise zu tun!“ — Die Er- richtung eines Arbeitersekretariats wurde ebenfalls ab- gelehnt. Lohnbewegungen waren 26 zu verzeichnen, neben der Ausbesserung der Baugewerke fünf Streiks, von denen zwei mit einem vollen, einer mit teilweisem, einer ohne Erfolg und einer Ende 1910 noch nicht beendet war. Von 17 Lohnbewegungen ohne Streiks endeten 14 mit einem vollen, einer mit teilweisem und zwei ohne Erfolg.

Parteiangelegenheiten.

Heber Jakob Stern.

unserem in Stuttgart verstorbenen Genossen, schreibt Genossin Beilin in der Schwäbischen Tagwacht:

Das Lebenswerk unseres verstorbenen Genossen Stern kann nur volle Würdigung erfahren, wenn eine besonders wichtige Seite davon gehörend hervorgehoben wird. Sterns wertvolle philosophische Arbeiten, an denen die Geschichte der Geisteswissenschaften nicht stillstehend vorübergehen kann und die weit über die Grenze der Sozialdemokratie hinaus befruchtend als offizielle Anerkennung gefunden haben: Wirkung. Die Deutschen verdanken dem sozialdemokratischen Juden ein bedeutendes Stück Kulturarbeit: treffliche Uebersetzungen von Werken Spinozas, die bei Reclam erschienen sind. So vollkommen dem Verlag diese Arbeiten waren, mußte doch Stern dafür kämpfen, daß sie unter seinem eigenen Namen in die Öffentlichkeit gingen, eine jener Epochen das, die für die geistig-ethische Entwicklung der deutschen Verhältnisse so bedeutsam sind. Im Verlag Treg-Suttgart, der jederzeit eine Freistadt für Werke war, die sich über die dürre Heide bloßer Tatsachen-Aufzählungen erhebend den Weg in die Höhen wissenschaftlicher Fortschritt und Theorie wagen — hat Stern eine literarische Popularisierung der spinozischen Philosophie veröffentlicht. So zählen nach vielen Tausenden die, die durch unseren Genossen in dem großen Gedankentum des genialen Philosophen des Rationalismus heimlich geworden sind, der Lehre von der Einheit von Materie und Geist, deren Wesen wieder und wieder einen vollendeten künstlerischen Ausdruck gegeben hat. Die Geschichte der Philosophie von Schwieger — ein Lehrbuch, dem nicht wenige Studierende eine klar orientierende Einführung in die Materie, Anregung und vielleicht mit dem Doktorhut verdankten — ist von Jakob Stern neu herausgegeben und beträchtlich erweitert worden.

Lebensanforderungen waren es, die Jakob Stern, unbeirrt durch Verfolgungen und Lypen, zur Sozialdemokratie führten, und sie haben in seiner reichen Arbeit ihre beständige, beständige Macht erwiehrt. In der Arbeit einer einheitlichen Weltanschauung, die das Leben zu einem lebendigen geistigen Werk erhebt, ist er vor uns und der Arbeit eines Wesens und Stoffs geblieben, der seine Lebensaufgabe erfüllt sah. In den großen Linien dieser Einseitigkeit wird sein Bild lebendig bleiben.

Die Breslauer Genossen stimmten für das städtische Budget nachdem Genosse Löbe folgende Erklärung für die sozialdemokratische Fraktion abgegeben hatte:

Wir haben wie in früheren Jahren dem größten Teil der Einzelstimmen unsere Zustimmung gegeben und dies während der diesjährigen Beratung um so lieber getan, als darin verschiedene kleine Fortschritte enthalten sind, die sich auf die sozialpolitische Besserung, das Schulwesen, Fächer, Spielplätze, Beschaffenheit u. dergl. beziehen.

Wir mühen bei der Gesamtabstimmung in früheren Jahren unsere Zustimmung zu verweigern, weil ein erheblicher Teil der Einnahmen unserer Kommune aus einer indirekten Lebensmittelsteuer, der Schladtssteuer, herrührt. Wenn auch der vorliegende Etat noch eine Reihe von Positionen aufweist, gegen die wir uns bei der Einzelberatung wenden, so beruhen dieselben doch zum Teil auf landesgesetzlichen Vorschriften, die sich unserer Zustimmung entziehen, alle übrigen spielen ihrer Zahl und ihrer finanziellen Bedeutung nach gegenüber den Kulturaufgaben der übrigen städtischen Verwaltungen nur eine geringe Rolle.

Zweimal waren wir gezwungen, den Etat abzulehnen, weil durch verschiedene gemeindebedürftliche Maßnahmen der organisierten Arbeiterklasse die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verlagert wurde.

Im abgelassenen Jahre haben sich diese Maßnahmen nicht wiederholt, in der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters zur Vergebung der Festhalle lag vielmehr die Anerkennung dieser Gleichberechtigung eingeschlossen.

Aus allen diesen Gründen sind wir bereit, dem Haushaltsplan für 1911 unsere Zustimmung zu geben. Wir binden uns damit nicht für die Zukunft, sondern behalten uns vor, die Frage von Jahr zu Jahr zu prüfen, und werden sie stets davon abhängig machen, daß der sozialdemokratische Arbeiterpartei in allen kommunalen Angelegenheiten diese Gleichberechtigung gewährt wird. Wir geben auch der Hoffnung Ausdruck, daß die Verwaltung das große soziale Werk der Arbeiterlohnunterstützung mit uns in Angriff nehmen, und daß sie die noch immer unbefriedigenden Löhne der städtischen Arbeiter weiter auf ein menschenwürdiges Maß erhöhen wird.

Da bekanntlich kein Parteitagbeschluss vorliegt, der die Zustimmung zu Gemeindecats verbietet, so kann man wohl die Beurteilung, ob die Breslauer Genossen für den städtischen Gemeindecats stimmen dürfen, den Breslauer Parteigenossen überlassen und nur wünschen, daß die Erwartungen der Fraktion betreffend Gleichberechtigung in allen kommunalen Angelegenheiten, Arbeiterlohnunterstützung und Erhöhung der unbefriedigenden Löhne der städtischen Arbeiter in Erfüllung gehen.

Der Vorstand schreibt zu der Erklärung der Breslauer: Aus der abgegebenen Erklärung spricht ein rosenroter Optimismus. Wenn nicht die eigentlich selbstverständliche Gleichberechtigung der Sozialdemokraten mit den anderen Staatsbürgern wäre, der Schluß der Erklärung zwänge konsequenterweise zur fasten Ablehnung des Etats. Denn uns will es nicht in den Kopf, daß sozialdemokratische Stadtverordnete einem Etat ihre Zustimmung geben, in dem die Löhne der städtischen Arbeiter so unbefriedigend sind, daß sie nicht einmal ein menschenwürdiges Maß erreichen.

Der Stand der sozialistischen Presse in Belgien.

a. k. Der Bericht der Parteileitung an den bevorstehenden Parteitag gibt zum ersten Male eine umfassende Uebersicht über den Stand der gesamten sozialistischen Presse Belgiens. Danach erscheinen 33 politische Zeitungen mit 177 600 Abonnenten, davon 10 mit 43 000 Abonnenten in flämischer Sprache, die übrigen französisch; 27 Gewerkschaftsblätter (Ausgabe 101 000), davon 9 flämische (31 800), 8 zweisprachige (37 350); 5 Spezialorgane (22 200), davon 2 (Frauenstimme und Die Rede) flämisch (4000), ein Genossenschafts-, ein Jugend- und ein Unterhaltungsblatt französisch. Von einem Blatt (Glaskarbeiterzeitung, franz.) fehlt die Ausgabe. Von den politischen Zeitungen erscheinen 8 täglich in 148 000 Exemplaren. Darunter ist das Zentralorgan Le Peuple in 8 verschiedenen Ausgaben, für Brüssel, Lüttich, Vervins usw., davon 4 kleinere, und einer Ausgabe von 82 000 und Boocult in Gent (24 000), 6 sind französisch, 2 flämisch. Wöchentlich erscheint 1 französisches Blatt, einmal 9 französisch; flämische 5 monatlich einmal. Unter den gewerkschaftlichen gibt es zwei Tagesblätter (1 franz., 1 flämisch), 7 Halbmonats- und 18 Monatsblätter. Das Unterhaltungsblatt er-

scheint wöchentlich, das Genossenschaftsorgan halbmonatlich, die 3 übrigen monatlich. Die Auflage des Peuple hat sich in den letzten vier Jahren verdreifacht. Im letzten Jahre betrug die Zunahme rund 10 000. 45 Konsumvereine haben den Weg für ihre sämtlichen Mitglieder eingeführt und damit auch ihre eigene Entwicklung kräftig gefördert. Für die Erweiterung des Betriebs wurden in letzter Zeit 90 000 Franc ausgegeben, wofür u. a. zwei neue Segmaschinen und eine Rotationsmaschine (Leistung: 24 000 Blätter zu 4, 6 oder 8 Seiten in der Stunde) angeschafft wurden.

Neues aus aller Welt.

Hundertfiebzig Vergleute in Lebensgefahr!

Ein neues Grubenunglück in Amerika.

Newport, 9. April. Während die stündlich eintreffenden Nachrichten über das Bergwerksunglück bei Scranton zeigen, daß die Folgen dieser Katastrophe weit größer sind, als ursprünglich angenommen wurde, trifft die Meldung von einer neuen großen Grubenkatastrophe ein, die sich in Littleton bei Birmingham in Alabama ereignete. In einem dortigen Kohlenbergwerk erfolgte eine furchtbare Explosion. Von 190 Vergleuten, die durchweg Erzfänger, und zwar meist Neger waren, konnten sich nur zwanzig retten, die anderen waren entweder sofort tot, oder es war ihnen durch den Einsturz des Stollens der Rückweg abgeschnitten. Die Stadt Littleton liegt in einer an Kalksteinbrüchen, Kohlen- und Metalleinlagerungen reichen Gegend der Grafschaft Jefferson im nordamerikanischen Staat Alabama und ist trotz der Nähe der Hauptstadt Birmingham infolge ihrer Industrie rasch gewachsen.

In Scranton sind bereits 70 Leichen geborgen; es werden jedoch noch mehr in dem Bergwerk vermutet. Die Verunglückten sind meist Polen. Die Leichen zeigen durchweg die Anzeichen des Ersticken. Der geistliche Rettungsbeamte Joseph Evans war der Leiter der neueingerichteten United States Rettungsstation für Bergwerke. Er drang in den raucherfüllten Schacht und stieß mit dem Helm an die Wand, so daß er tödliche Gase einatmete. Viele Steiger verunglückten, als sie versuchten, ihre eingeschlossenen Kameraden zu warnen. Ein Schachtaufstieg spielten sich furchtbare Szenen ab. Dort hatten sich die Hinterbliebenen versammelt, um Nachrichten über ihre Angehörigen zu erhalten. Das Unglück ist das größte, das jemals im Scrantoner Kohlengebiet sich ereignete.

Zu der Katastrophe auf Beche Littleton.

Newport, 9. April. Das Unglück im Bergwerk der Pratt Consolidated Coal Company bei Littleton hat anscheinend 170 Menschenleben gefordert, da von 190 in der Grube befindlichen Arbeitern nur 20 über Tag gekommen sind. Diese erklären, daß ihre Kollegen verschüttet worden sind. Die Ursachen des Unglücks sind entweder schlagende Wetter oder eine durch Fahrlässigkeit entstandene Dynamitexplosion. Die Ungelungenen sind fast durchweg schwarze Strafgefangene, die an Privatfirmen vermiethet werden.

Ueberfall auf einen Kriminalbeamten.

Berlin, 10. April. Im Kordofan Berlins wurde in der Nacht zum Sonntag der Kriminalbeamte Jantowitsch von zwei verdächtigen Individuen überfallen und mit Anspitzen und Schlagungen so heftig angegriffen, daß er beunruhigt nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht werden mußte. Einer der Angreifer, der Gelegenheitsarbeiter Johann Walde, wurde durch einen von dem Schwarmmann abgegebenen Schuß an Beine verletzt und fand Aufnahme im Virchow-Krankenhaus.

Verhaftung einer Spioninbande.

Breslau, 9. April. Wie feinerzeit gemeldet wurde, in der Nacht vom 22. bis 23. Dezember 1909 mit ungewöhnlicher Frechheit ein Einbruch in das Reichsamt für die Vernehmung der Angeklagten in der Nähe stattfand. Die Untersuchung des Tatbestandes ergab, daß es die Liebe auf die Entwendung geheimer Vorschriften und solcher Schriftstücke abgesehen hatten, die sich auf die deutsche Mobilmachung bezogen. Während die Einbrecher sich vergeblich bemüht hatten, den großen eisernen Schrank zu erbrechen, gelang es ihnen, zwei hölzerne Spinde zu öffnen und sich mehrere geheime Vorschriften usw. anzueignen. Das vorgefundene Material wurde, wie jetzt nachgewiesen ist, einer fremden Macht verkauft. Erst nach langwierigen Untersuchungen gelang es im Sommer vorigen Jahres, den Tätern auf die Spur zu kommen, so daß jetzt zu ihrer Verhaftung geschritten werden konnte. Wie sich herausgestellt hat, sind an dem Einbruch und an dem Verkauf der Schriften mehrere Personen beteiligt, die nunmehr ihrer Aburteilung wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht entgegengehen.

Noch einen Mord verübt und wieder entwischt.

Karlsruhe, 9. April. Heute nacht in der 12. Stunde wurde der Gendarmenwachmeister Pniel in Simonswäldchen, als er den Arbeiter S o m a l l in der Wohnung seiner Geliebten verhaften wollte, durch einen Schuß ins Herz getötet. S o m a l l ist der Verursacher der Verbrechen, der am 16. März in Wismarschütze den Nachwächter Stadtwacht durch einen Schuß bei Ueberrückung eines Einbruchs tötete und am 31. März in Laurahütte bei einer nächtlichen Raubausfahre den Schwarmmann Gehlen erschloß und vor drei Tagen in Jolefs-

dorf den Schloffer Kopay, als dieser ihn bei Ausführung eines Auftrags ertappte, tödlich verlegt hatte. Auf seine Ergreifung war Pniel mit einem Revolver ausgerüstet. Der erschollene Gendarm ist 34 Jahre alt, war mehrere Gendarmen und Kriminalhauptleute zur Verle-

Lebensmüde Soldaten.

Bremen, 9. April. Der Musiker Georgi von der 2. Kompanie des Infanterie-Regiments Bremen hat den Versuch gemacht, sich eine Blaspistole das Leben zu nehmen. Der Schuß war im Zustand ist bedenklich.

Hirth i. B., 9. April. Hier erschloß sich der Soldat des Infanterie-Regiments, Friedrich Coppel, mit seinem Gewehr, einem Briefe des Selbstmörders ist zu entnehmen, daß die Handlung der Grund zu der Tat gewesen ist.

Ein Radfahrer ins Wasser geweht und ertrunken.

Strasbourg i. E., 9. April. Im Strahburger Rheinhafen unglücklich gestern ein Zimmermann auf sonderbare Weise. Er bestieg ein Boot mit seinem Hund und wurde von dem heftigen Windstoß mit seinem Hund ins Wasser geweht. Ein sofortiger Hilfeleistung konnte er nur als Leiche geborgen werden.

Schneelawinen.

Malland, 9. April. In dem Tale des Flusses Chira haben in den letzten Tagen nicht weniger als 20 Stürze von Schneelawinen stattgefunden. Der angegriffene Schaden beträgt sich auf eine Strecke mehr als 9 Kilometer aus. Die Strassenverbindung ist vollständig unmöglich geworden. Der Telegraph funktioniert nicht. Die das Tal der Chira umgebenden Höhen sind vollständig von Schnee bedeckt, daß eine große Anzahl von Menschen dabei zu Grunde gekommen ist.

Malland, 9. April. Der Skiläufer Aussen und Dandler mit zwei Kollegen vom Grignoneberg zurückkam, kügte in dem Abgrund. Seine Leiche wurde schrecklich verstümmelt gefunden.

Zusammenstoß zweier französischer Torpedoboote.

Calvi, 9. April. Während der gestrigen Übungen im Torpedobooten zusammengefahren. Beide erlebten ein Aufstoß der Torpedoboote sank bei dem Verstoß, es nach dem Untergang. Seine Besatzung wird jedoch keine Schwerverletzten. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Heizer getötet und verletzt.

Verwundener Postbote in Rußland.

Moskau, 9. April. Heute früh 7 Uhr überfiel der Kaussee zwischen Turck und Kischka bei Tolomo 80 mit Revolver und Kaugewehren bewaffnete Terroristen die Poststation. Die Postboten wurden mit Schüssen verletzt. Die Postboten wurden mit Schüssen verletzt. Die Postboten wurden mit Schüssen verletzt. Die Postboten wurden mit Schüssen verletzt.

Ein Raunenloster ausgeraubt.

Bukarest, 9. April. Das oberste von Postkutschen getragene Raunenloster wurde in der vergangenen Nacht von einer bewaffneten Räuberbande überfallen und gänzlich ausgeraubt. Die Raunen wollten sich widersetzen, wurden aber von den Banditen schwer mißhandelt.

Die geretteten Passagiere der Prinzessin Irene.

Newport, 7. April. Die Ueberführung der 1790 Passagiere der Irene aus dem Dampfer Wilhelm nach Reg 7 Uhr abends im Unfall vollendet, sie stellt ein Meisterstück der Rettungsarbeiten dar. Der Dampfer Wilhelm, der um 9 Uhr abfuhr, trat bei Quarantänestation um Mitternacht ein. Die Rettungsarbeiten erfolgten um 8 Uhr morgens. 300 Mann von der Mannschaft verließen an Bord der Rettungsboote. Die Ueberführung der Prinzessin Irene ist vor der völligen Ueberführung unmöglich. Diese dürfte mindestens acht Tage dauern, aber inzwischen Sturm und hoher Seegang den Transport gefährden, ist dessen dauernder Widerstand unwahrscheinlich. Kapitän Peteroff des gestrandeten Dampfers ist vollständig verunglückt. Unmittelbar vor der Strandung war er 18 Meilen von der Küste entfernt und konnte den Kurs genau. Die Passagiere wurden durch die Kapitänin und die Mannschaft gerettet.

Riesenfeuerbrunst.

Tokio, 9. April. Das Stadtviertel Hoshimura ist heute abends von einem großen Feuer in Brand geraten. 6000 Personen sind verletzt, viele wurden verlegt. Umgekommen ist niemand.

Bereinstimmender für Dienstag.

Gruppe Arbeiter-Stenographen-Vand. Abends 8 Uhr, Sitzung in der Hofgasse, Dresden.

Verlag Raden & Comp., Dresden, Zwingerstr. 12/14

Joeden erschienen:

Heinrich Schulz-Berlin:

Die Schulreform der Sozialdemokratie

275 Seiten 8* Preis 3 Mark

Herm. Fleißner-Dresden:

Genossenschaften und Arbeiterbewegung

98 Seiten 8* Preis 1 Mark

Mercedes

Schuhgesellschaft m. b. H.

Altmarkt, Ecke Schloßstraße.

In weiten Kreisen gilt der Mercedes-Schuh für die höchste Errungenschaft der deutschen Schuhindustrie.

Einheitspreis . . . Mk. 12.50.

Extra-Qualität . . . Mk. 16.50.

Verlangen Sie Katalog.



Nr. 3 Preis 3 Mark

